

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenköpfige Beilage oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 222.

Donnerstag, den 22. September 1921.

23. Jahrgang.

## Die große Abrechnung.

Scheidemann über die Kriegsverbrecher, die Dolchschleger, den Versailler Vertrag, die Republikhändler, Steuerhinterzieher, Koalitionsregierung und die Pflicht des schaffenden Volkes.

Am Mittwoch abend hielt Genosse Scheidemann in der Stadthalle zu Görlitz eine außerordentlich bedeutsame Rede. Der Andrang zu dieser Versammlung war so gewaltig, daß der weite Raum längst nicht alle Einlassbegehrenden fassen konnte. Scheidemann ging auf alle schwebenden Fragen ein, die an den entscheidenden Stellen durch lebhaften Beifall unterbrochen wurden.

Scheidemann führte u. a. aus: Ich will meinen Betrachtungen die Frage zugrunde legen, wie sichern wir die Republik, die das Versailler Diktat erfüllen soll? Es scheint mir, daß mit dieser Frage nahezu alle Probleme aufgeworfen werden, vor denen wir stehen. Es führen sich bald zum dritten Male die Tage, an denen bei uns alles zusammenbrach: Der Militarismus und das politische System, das auf dem Militarismus aufgebaut war. „Sieg auf Sieg“ hat keine Reserven mehr“, das wurde allen Ernstes ausgesprochen zu einer Zeit, in der die Amerikaner immer neue Zehntausende frische wohlausgerüstete Truppen unseren abgelaugten und ausgehungerten Truppen entgegenstellten. Die Anexionisten hatten Oberwasser. Die Versöhnungsstunde wurden verhöhnt und über die Wästel angesehen. Der Kaiser kam sehr spät, und immer noch wurde dem Volke die Wahrheit nicht gesagt. Die Bundesgenossen waren erledigt und abgefallen. Die Silberne Jubelkronen und Hindenburgs, um schärfsten Waffenstillstand waren verständlich, wenn auch unüberlegt. Unerhört aber ist die Frechheit, mit der jetzt alle geschichtliche Wahrheit denational auf den Kopf gestellt wird. In einem Buche, das Oberst Bauer, der erste Mitarbeiter Ludendorffs im großen Hauptquartier war, drucken ließ, wird der deutschen Arbeitererschaft Streikzwang und Faulheit vorgeworfen. Wie er die deutschen Frauen beschimpft, soll Ihnen wörtlich vorgetragen werden.

„Die Briefe der Frauen aus der Heimat, denen es ja zum Teil nicht gut, aber immer noch erträglich ging, wirkten durch ihre Klagen und ihr aufreizendes Schimpfen verheerend. Denn sehr richtig hatten die Aufreißer in diesem Punkte auf die Mithilfe der Frauen gerechnet. Die Frauen glaubten bei längerem Zureden alle, daß es ihnen ganz besonders schlecht ginge, und daß der Krieg nur von den Reichern heraufbeschworen und genährt wurde. So groß der Unsinn war, er wurde geglaubt und niemand sprach dagegen.“

So wagt ein deutscher Mann die deutschen Frauen zu beschimpfen, die geradezu Unerhörtes getragen haben. Im Reichstag und in den deutschen nationalen Versammlungen ist häufig behauptet worden, der Zusammenbruch, namentlich aber die Flucht des Kaisers sei auf Verrat zurückzuführen, daß die Kaisertruppen gar keine Gelegenheit gehabt hätten für ihren Kaiser einzutreten usw. Hören Sie, was Oberst Bauer sagt:

„Um sich über die Stimmung im Heer zu orientieren, waren vom 8. zum 9. November eine Reihe von höheren Frontoffizieren mit Autos in das große Hauptquartier geschickt worden. Bekümmert, ausgehungert und übermüdet kamen sie an. Der Feldmarschall malte ihnen die Lage in der Heimat schwarz in schwarz und wirkte vernichtend. Die Frage, ob das Heer bereit sei, für den Kaiser gegen die Heimat zu kämpfen, konnte unter diesen Umständen keine Befragung finden. Es war über Erwarten günstig, daß wenigstens einzelne dieser Kommandeure sich positiv auszusprechen. Für Gröner genügte dies aber, um sein Urteil, „daß der Kaiser von seinem Heere verlassen sei“ zu erklären.“

An anderer Stelle sagt Oberst Bauer, die einzigen, die dem Exkaiser beistanden, waren der Kronprinz, Schulenberg und Pflesser. „So wie der Kaiser damals gehandelt hat, hätte ein Friedrich nicht gehandelt“, sagt Oberst Bauer, „der wäre aber auch nie in eine solche Stunde geraten.“ Und wo waren die 5000 Offiziere des großen Hauptquartiers? Auch die rührten sich nicht: „Kam doch das Vergernis von oben. Aber gerufen, hätten sie sich gerührt und sie waren schon allein imstande, den Kaiser zu schützen.“ Oberst Bauer stellt dann noch fest, daß Offiziere der Obersten Heeresleitung bereits am 9. November in Automobilen mit roten Fahnen fuhren. Bauer, der mit seinem Buche der deutschnationalen Agitation dienen soll, schlägt in Wirklichkeit den ganzen deutschnationalen Schwindel kurz und klein. So wie er, hat kein anderer Deutscher über unser Volk, so hat auch kein anderer über deutsche Offiziere geurteilt. Gegenüber der verlogenen Agitation aller Feinde der Republik halte ich es im Interesse der Republik für unbedingt geboten, daß die Reichsregierung die Geschichte des Zusammenbruchs nach dem verzweifeltsten Silberne Jubel in konzentrierter Form, sozusagen in der Notizform in alle verbreiten läßt.

### Das Diktat von Versailles

Ist das Werk blinden Hasses und völliger Unvernunft. Es ist so irrsinnig, wie die Forderungen der deutschen Anexionisten waren. Wenn Deutschland in diesem Völkerschlachten gesiegt hätte, so würde die deutsche Arbeitererschaft nicht gehuldet haben, daß man das nichtdeutsche Proletariat an Sklavenketten legt. Das ganze Deutschland mich jetzt in geradem harterlicher Weise ge-

demütigt und ausgeplündert, nicht etwa bloß die, die uns in das Elend gestürzt haben. Und warum das? Aus Angst! Denn die Kriegsgewinner im Westen fürchten, daß Deutschland sich erheben und erneut in den Kampf gehen könnte. Die französischen Militaristen haben noch Furcht vor einem Volke, dem sie die letzte Waffe genommen haben. Dabei berufen sie sich auf die großmächtigen Schwägerinnen unserer Säbeltröpler. Solange die Franzosen hinweisen können auf Waffenfunde und Reste von Einwohnerwehren, Ordeish, Jung-Deutschland-Orden-Hotspots, und noch immer nicht aufgedeckte Wörberzentralen, solange haben sie wenigstens zur Beruhigung des Gewissens, verständige Männer im eigenen Lande, plausible Gründe für ihre Sahpolitik. Die Möglichkeit der Diktatbefüllung setzt geordnete Verhältnisse in der Republik voraus. Die sind nur dann möglich, wenn sich unser Volk gänzlich auf den Boden der Reichsverfassung stellt, und wenn jeder darauf verzichtet, Änderungen unserer Staatsform auf dem Wege der Gewalt zu erreichen.

### Wie sichern wir die Republik, die das Versailler Diktat erfüllen soll?

Die Hege gegen die Republik und ihre Einrichtungen ist immer drohender geworden. Von der Republik wurde in der realistischen Presse überhaupt nur noch als von der Schieberrepublik geredet. Der Reichspräsident und die aktiven Minister wurden verächtlich und verachtet. Die Reichsarmee hieß nur noch Reichsarmee, Kammer, und Judenbaben. Monarchistische Feste wurden veranstaltet. Der letzte Kaiser immer häufiger antelegraphiert. Der deutschnationalen Parteivorstand, ein zweiter Schöpfer Thomas als Prophet, verkündete wenige Tage nach der Ermordung Erzbergers auf dem Parteitag in München, daß die Verfassung von Weimar nur eine Episode sei. Ziel sei das Kaiserium. Das war deutlich genug.

Ich stehe nicht an, für meine Person zu erklären, daß ich bis zur Sicherung der Republik und ihrer demokratischen Verfassung allen Angreifern gegenüber alle Schutzmaßnahmen in Anwendung zu bringen bereit bin, die geeignet erscheinen, die Republik zu retten und zu sichern. Nach der Ermordung Erzbergers schien es, als wenn nun ernstlich zugegriffen werden sollte. Es kam die Verordnung des Reichspräsidenten. Ich frage: Ist das alles, soll es dabei bleiben?

An die Spitze alles dessen, was zur Sicherung der Republik geschähen muß, stelle ich die Forderung an die sozialistische und demokratische Arbeitererschaft,

zur geschlossenen Front gegen die Reaktion.

Alle anderen Maßnahmen setzen voraus, daß im Reich und den Gliedstaaten Regierungen gebildet werden, deren Mitglieder nur aus solchen Parteien bestehen dürfen, die die Verfassung anerkennen und bereit sind zu ihrem Schutze alle Machtmittel des Reiches in Anwendung zu bringen. Daß wir nur mit Parteien in die Regierung gehen können, die die Verfassung respektieren, ist selbstverständlich.

Aber heißt das auch, daß wir infolgedessen nur mit einer Partei in die Regierung gehen, die der Verfassung zugestimmt hat? Dann würde auch ein Zusammengehen mit der USP. unmöglich, und doch haben wir ihr wiederholt nahegelegt, mit uns

zusammenzugehen.

Wir weisen sie zurück.

in die Regierung einzutreten. Für uns darf nicht maßgebend sein, was eine Partei früher getan hat, sondern das, was sie zu tun bereit ist. Zu der Zeit, als die Parole ausgegeben wurde, nicht mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu gehen, war sie zweifellos richtig. Wir können nicht gemeinsam mit einer Partei, die die Monarchie propagiert, die Republik regieren wollen. Wir können auch nicht in eine Regierung mit einer Partei gehen, von der wir annehmen müssen, daß sie bestimmte Steuern, die wir wollen, ablehnt. Mit anderen Worten, wir müssen bei jeder Regierungsbildung ein bestimmtes Mindestprogramm aufstellen. Das ist meine Auffassung heute, das war sie auch früher, und die Reichsregierung, die jetzt versucht, aus meinen Ausführungen vom Montag und denen auf dem Kasseler Parteitag einen Gegensatz zu konstruieren, ist völlig im Irrtum. Zu beachten ist bei jeder Koalitionsregierung, daß es sich nicht um eine Gefinnungsgemeinschaft, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft handelt. Andernfalls wäre ein Zusammengehen mit dem Zentrum mindestens ebenso unmöglich wie eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei.

Wir müssen des Versailler Diktats wegen geradezu phantastische Summen aufbringen. Wenn alle Steuern, die bereits beschlössen sind, auch wirklich gezahlt würden, dann wären neue Steuern vielleicht gar nicht notwendig. Aber daß die Steuer auf Einkommen und Besitz in gewissen Kreisen sabotiert wird, dürfte ernsthaft wohl kaum bestritten werden. Ein angesehener Industrieller hat mir gesagt, Großkaufleute und Unternehmungen, die ihren Verpflichtungen zur Hälfte nachkommen, sind sehr arbeitsfähige Menschen. Steuerhinterzieher und Devisenspekulanten muß gründlich das Handwerk gelegt werden. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen gegen das Ausland erfüllen will, muß es sich ausländische Valuta verschaffen. Das ist immer schwieriger geworden. Schon haben Vertreter der Industrie und Banken erklärt, daß sie aus eigener Initiative große Mengen fremder Devisen beschaffen wollen. Das Reich solle ihnen diese Leistung auf die Steuern anrechnen, die sie schuldig sind, oder noch schuldig werden. Ich rate der Reichsregierung, diesen Plan nicht vor vornehmere abzulehnen, ihn aber doch mit der größten Vorsicht zu behandeln. Unter keinen Umständen Preisgabe der Steuerhoheit des Reiches.

Ich hatte den Wunsch in der Presse geäußert, daß man schon am 10. Mai bei der Bildung der neuen Regierung absolute Klarheit über ihre Steuerprojekte verlangen sollte, um feststellen zu können, ob sich eine Mehrheit dafür finden wird. Sei das nicht der Fall, schnelle Neuwahlen — so sagte ich — um keine Zeit zu verlieren. Jetzt stehen wir vor der entscheidenden Frage: Gibt es eine Mehrheit für die Heranziehung der Sachwerte, der Substanz, der Goldwerte, oder wie man sie nennen mag, oder gibt es keine Mehrheit?

Demnach können wir also bald vor einer Abrechnung stehen, wie sie folgenjähre nicht gedacht werden kann.

Der Kampf wird schwer sein, aber er wird durchgeführt werden müssen, bis zur endgültigen Niederringung der Reaktion.

Auf der anderen Seite stehen die Riesensummen der Schieber und „notleidenden Grundbesitzer“, der Kriegsgewinner, stehen die Kasse, Wöhner, Bauer, Ludendorff, die Kante, die Knillinger, stehen die Reste der Ehrhardt-Brigade einschließlich der Hirschfeld, Arca, Schulz und Tschiffen, und alle werden sie kämpfen für die „gute alte Zeit“ die Vorrechte der Junker und den Besitz, für die Wiederherstellung der Monarchie. Auf unserer Seite wird alles kämpfen, was die Demokratie und die Republik schützen und retten will, was das gleiche Recht für alle veranlassen will.

Für uns heißt es also für alle Fälle gerüstet und bereit sein für die große Abrechnung mit der Reaktion. Unter der Parole: für die Republik, gegen die Reaktion! Für Demokratie und Sozialismus, gegen die Ausplünderung des Volkes! Für gleiches Recht, gegen den Mord!

(Stürmischer langanhaltender Beifall.)

## Die Oppauer Katastrophe.

Ueber das schreckliche Unglück auf den Anilinwerken werden eine Menge von Meldungen verbreitet, die sich zum Teil noch widersprechen. Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß die gestern genannte Zahl von Toten zu hoch gegriffen wäre, dann wäre dies nur zu begrüßen, obwohl auch dann noch der Jammer hundertert von Familien groß genug wäre.

### Ueber die Größe des Unglücks

verzeichnen wir folgende Meldungen:

Ludwigshafen, 21. September.

Es ist bis zur Stunde noch unmöglich, die ganze Katastrophe auch nur annähernd zu übersehen. Der Bevölkerung von Oppau und Kriesenheim bemächtigte sich eine ungeheure Panik. Leichtverletzte und diejenigen, die unverletzt blieben, flüchteten wie sie gingen und standen unter Zurücklassung all ihrer Habe. Zuerst sah man einen Blitz und gleich darauf eine schwarze Riesensäule über dem explodierenden Gasometer aufsteigen, die sich zu einem Riesenberg ausbreitete. Dann erfolgte die erste Detonation, der kurz darauf die zweite folgte. Erst ein lähmender Schreck und dann eine allgemeine Flucht vor dem ausströmenden Gas, das die noch Kilometer weit Entfernten zu erstickten drohte. Der Westwind trieb die Gaschwaden über den Rhein nach Mannheim. Im Mannheim-Industriegebiet, das Oppau gegenüberliegt, gab es so viel Verletzte, daß sie mit den Straßenbahnwagen weggeführt werden mußten. Oppau und Kriesen-

heim gleichen den schlimmsten Kriegsverwüstungen. Zusammengebrochene Häuser, unter deren Trümmer Leichen liegen, durch die Explosionsgewalt auf die Straße geschleuderte Möbel, Kleidungsstücke und Hausrat liegen auf der mit Glasscherben fußhoch bedeckten Straße. Durch die Gewalt der Explosion wurden sogar Eisenbahnzüge aus den Gleisen gehoben. Eine Bauersfrau, die auf einem etwa 1000 Meter entfernten Felde arbeitete, wurde durch einen fortgeschleuderten großen Betonblock getroffen und auf der Stelle zermalmt. Die Toten sind teilweise bis zur Unkenntlichkeit verflümmelt. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß selbst auf dem Rhein liegende Schiffe beschädigt und Eisenbahnschienen von fünf Meter Länge und 30 Zentimeter Breite wie Streichhölzer geknickt und 600 bis 700 Meter weit geschleudert wurden. In der Rieserleerdanlage wurden Pfeiler von einem halben Meter Durchmesser umgelegt, Lokomotiven wurden die Bäckung hinabgeschleudert.

### Die Zahl der Opfer

geht in die Tausende. Die Direktion der Anilin- und Sodafabrik schätzte nachmittags die Zahl der Toten noch auf 1000, die der Verwundeten auf 1200, doch scheint die Zahl der ersten etwas geringer zu sein. Die Verwundungen sind meist schwerer Natur. In dem Gebäude waren etwa 800 Arbeiter beschäftigt, von denen kaum einer mit dem Leben davongekommen sein dürfte. Zu den Toten, die im Werke selbst der Explosion zum Opfer fielen, kommen die Toten und Verwundeten, die durch

# Orgelschleute im Burgenland.

Wien, 21. September.

Den amtlichen Stellen liegt Beweismaterial vor, aus dem mit großer Deutlichkeit hervorgeht, daß zu den Führern der Banden, die in Westungarn sowohl der deutschen Einwohner als gegen die österreichische Grenze vorgehen, Offiziere aus dem Deutschen Reich gehören. Die Beziehungen dieser Offiziere zu Orgelschleutern und anderen Hakenkreuzorganisationen sind einwandfrei festgestellt. Die österreichischen Amtsstellen und die Bevölkerung Oesterreichs sind mit größtem Erstaunen erfüllt, daß Deutsche, zu deren Programm ja die Vereinigung aller Deutschen gehört, im Interesse des monarchistischen und des aristokratischen Gebankens mit Magyaren gegen Deutsche vorgehen und den Anschluß Deutschwestungarns an Oesterreich mit Gewalt verhindern wollen.

Die österreichischen Sozialdemokraten werden sich vor diesen umherziehenden Brandstiftern zu schützen wissen. Eine sozialdemokratische Vertrauensmännerversammlung in Wien beschloß, falls Horthy-Ungarn den Frieden brechen sollte, um eine monarchistische Reaktion auch in Deutschösterreich zu entfachen, zu den Waffen zu greifen, um die Republik zu verteidigen.

## Die nächsten deutschen Zahlungen.

Der „Temps“ teilt mit: daß das Interalliierte Garantiekomitee, das am Freitag in Berlin eintrifft, eine Reihe wichtiger Fragen zu lösen haben werde. U. a. handle es sich darum, die Garantien für die Einhaltung der nächsten Zahlungstermine festzustellen, die Kontrolle über die deutsche Ausfuhr zu sichern und die Zahlungsmöglichkeiten für die nächsten deutschen Zahlungen zu regeln. Die beiden nächsten Verfalltage sind der 15. November 1921 und der 15. Januar 1922. Am 15. November hat Deutschland den Gesamtwert von 26 v. Hundert seiner Ausfuhr während des Quartals vom 1. Mai bis 31. Juli 1921 zu entrichten, den der „Temps“ unter Zugrundelegung einer Gesamtausfuhr von 6 Milliarden Goldmark auf 300 Millionen Goldmark schätzt. Am 15. Januar werden weitere 500 Millionen fällig als Vierteljahrrate der festen Annuität von 2 Milliarden. Auf diese beiden Beträge kommen die in der Zwischenzeit von Deutschland gemachten Naturalleistungen in Anrechnung.

## Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag im Senat.

Paris, 21. September.

Dem „New York Herald“ wird aus Washington geteilt: Es machen sich bereits Anzeichen von Opposition gegen den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag bemerkbar. Allerdings ist diese Opposition nicht stark genug, die Ratifikation des Friedensvertrages zu verhindern, doch wird sie imstande sein, die Abstimmung darüber zu verzögern und eine Debatte herbeizuführen, bei der die ganze internationale Lage erörtert werden wird.

Gleichzeitig wird der „Chicago Tribune“ aus New York gemeldet: Senator Borah hat beschlossen, im Senat die republikanische Opposition gegen den Friedensvertrag zu führen. Die Opposition des Senators Borah stützt sich darauf, daß der neue Friedensvertrag die Vereinigten Staaten an den Versailler Vertrag binde. Der Kampf Borahs gegen den Friedensvertrag soll infort einsehen, nachdem der Senat die Ratifikationsdebatte aufgenommen hat.

„Daily Telegraph“ meldet aus New York: die Demokraten hätten die Absicht, den Friedensvertrag zu bekämpfen, weil er die Vereinigten Staaten zu wenig zur Teilnahme an den europäischen Angelegenheiten verpflichte und weil ein „Sonderfrieden mit Deutschland entehrend“ sei.

## Zusammenbruch des griechischen Heeres.

U. Paris, 22. September. Das türkische Informationsbureau hat ein Telegramm aus Konstantinopel empfangen, wonach das griechische Heer vollkommen zusammengebrochen sei. Die griechischen Streitkräfte aus Holiubilich und Afion Karahissar glichen die Türken an und lassen den griechischen Truppen keine Zeit zu einer Atempause. Die türkischen Truppen aus Rodja III legen ihren Vormarsch fort und nähern sich Eskishehler, dessen Fall man in kürzester Zeit erwarten kann.

## Englische Arbeiterkämpfe.

London, 21. September.

Aus allen Teilen Englands kommen Meldungen über die Aufregung der Arbeiter, welche durch die Arbeitslosigkeit und das Sinken der Löhne veranlaßt wird. Die Arbeiter aus vier südlichen Bezirken Londons zogen gestern nach dem Gefängnis von Brighton, um für die Befreiung der Gemeinderatsmitglieder von Paplar zu demonstrieren. In Aberdeen stürmten die Arbeiter das Haus des Vorsitzenden der Unterstützungskommission. In Boomley fanden gleichfalls heftige Kundgebungen der Arbeitslosen statt, und zwar wegen der „angeblichen Frechheit“ der örtlichen Behörden, ihnen statt einer Unterstützung für 40 Pfund die Arbeit 17½ Schilling anzubieten. Allgemein bemängeln die Arbeiter die Gewinne der Fabrikanten und Händler. Wie es damit steht, beweist der Abschluß der Verbraucher-Korporation in Manchester, welche in sechs Monaten 3½ Millionen Pfund Sterling verloren hat. Die Lohnherabsetzungen gehen überall weiter und haben 90 000 Pfund pro Woche betragen, wozu 3 Millionen Arbeiter betroffen wurden. In den ersten acht Monaten verloren sechs Millionen Arbeiter nicht weniger als 3½ Millionen Pfund Sterling an Lohn.

## Lubendorffs Erkenntnis und Befürchtung.

U. Paris, 21. September.

Der „Matin“ veröffentlicht ein Interview des Generals Lubendorff, das dieser dem Sonderkorrespondenten dieses Blattes Sauerweil gewährt hat. Lubendorff erklärte: Ein Revanchekrieg Deutschlands gegen die Alliierten und gegen Frankreich ist für unbestimmte Zeit vollständig unmöglich. Frankreich besitzt eine mit allen Kampfmitteln reich ausgestattete Armee, die stets bereit ist, zu marschieren, und die jede französische feindliche militärische Organisation vernichten kann, und das umso mehr als wir durch die Zerstörung der deutschen

Kriegsindustrie jede Möglichkeit verloren haben, neue Kriegsausrüstungen zu schaffen. Es ist eine absurde Einbildung zu glauben, daß Deutschland eine moderne Armee im geheimen organisieren könnte. General Lubendorff erklärte schließlich: Die große Frage der Zukunft ist folgende: Werden die Völker Europas und besonders Frankreich, England und Deutschland den festen Willen finden, die Bergangenheit zu vergessen und werden sie sich die Hände reichen, um gemeinsam und unter Berücksichtigung der Interessen aller Völker Europa wirtschaftlich wieder aufzubauen? Wenn sich ein solcher Wille nicht finden sollte, wie ich es leider befürchte, so wird der furchtbare Zusammenbruch von ganz Europa unvermeidlich sein.

Lubendorff und seine Presse haben sich in ihren Reden und Schreiben bisher im entgegengesetzten Sinne betätigt. Sie täuschten sich immer eine Macht vor, mit der sie glaubten, die Welt noch einmal überrennen zu können. Nach außen hin geben sie jetzt schonbar den Kampf auf, im Innern aber wählen sie um so unversämter, um durch Wiederaufrichtung der Monarchie die Grundlagen für neues Blutvergießen zu schaffen und das Volkstum dem Zusammenbruch entgegenzuführen.

## Wirth und Stegerwald.

P. Bern, 21. September.

Schon heute wird von der volksparteilichen Presse darauf hingearbeitet, den Reichstanzler für die neue erweiterte Koalition unmöglich zu machen. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Volkspartei hiermit kein Glück haben wird, wenn sie auf das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie tatsächlich ernstlichen Wert legt. Wir wollen heute noch nicht darüber streiten, ob Dr. Wirth durch einen anderen christlichen Republikaner Deutschlands, als Reichstanzler ersetzt werden kann. Aber angesichts des Mangels an wirklichen Führerpersönlichkeiten, wird die Sozialdemokratie sich dafür einsehen, daß Dr. Wirth zum mindesten auch dem neuen Kabinett, falls es Tatsache wird, erhalten bleibt. Der gegenwärtige Reichstanzler ist nicht unser Mann, aber er ist diejenige Person, die die Konfliktsituation zwischen dem Ausland und Deutschland wesentlich herabgemindert hat, der den Ententestaaten den unbedingt notwendigen ersten Willen bewies, und der vor allem mit Leib und Seele zur republikanischen Staatsform steht. Die außerordentliche Arbeitstaktik Dr. Wirths muß dem deutschen Volke durch die Vertretung dieses Mannes in der Regierung erhalten bleiben.

Anders steht es mit der Erhaltung des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald, für den sich die Rechtspresse bereits heute eifrig einsetzt. Wir fragen die Herren von rechts, was hat Stegerwald bisher geleistet? Außer einem ungläubigen Egoismus hat der derzeitige preussische Ministerpräsident nur bewiesen, daß er außergewöhnliche Fähigkeiten besitzt, die Konfliktsituation zwischen Reichsregierung und Landesregierung zu vergrößern. Stegerwald ist nicht der Mann, für den man ihn gehalten hat, bevor er die Geschäfte eines Ministerpräsidenten in Preußen übernahm. Durch die Tätigkeit an seiner Stelle des preussischen Staatsministers hat er sich in seiner vollen Größe gezeigt und diese Größe ist nicht dazu angetan, in den Schichten des arbeitenden Volkes auch nur irgendwelche Sympathie zu erwecken.

Nach dem Lokal-Anzeiger hat Stegerwald bei Dr. Borch angefragt, ob er gewillt wäre, das preussische Ministerpräsidium zu übernehmen. Borch zeigte jedoch Ablehnung für diesen Vorschlag. Stegerwald selbst habe ferner die Absicht, ganz aus der Regierung herauszugehen.

## Wieder einer.

Der unentwegt „Deutsche“ Redakteur der „Halleischen Zeitung“, Helmut Böttcher hatte sich dieser Tage vor dem Landgericht Halle zu verantworten, weil er den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Genossen Hörsting in einem Artikel am 4. April dieses Jahres in unerhörter Weise beleidigt hatte. Hörsting wurde in dem unter Anklage stehenden Artikel ein wegen seiner „18-Stundentheorie“ berüchtigter Blutmensch genannt. Außerdem war der Erlaß betreffend die Errichtung einer Meldestelle beim Oberpräsidenten als eine Maßnahme bezeichnet worden, die zu rein sozialdemokratischen Zwecken ausgenutzt werde. Dazu kamen die bekannten Äußerungen der Reaktionsären wie: Hörsting habe den Zuzug der Reichsmehrheit zur Bekämpfung des Märzauflandes aus parteipolitischen Gründen hintertrieben. Kurzum, Herr Böttcher fühlte sich als der berufene Vollstrecker der öffentlichen Meinung, die er in althergebrannter Farbenblauheit durchaus in blau getaucht sieht.

Bei der Verhandlung brachen alle Angriffe kläglich zusammen. Böttchers Entlastungszeugen, die Abgeordneten Heidenreich und Winnefeld, konnten dem Angeklagten nichts nützen, wenn auch der Verteidiger von dem „gänzlich unsfähigen Grobschmidt Hörsting“ sprach. Seine Anwürfe wurden durch die Bekundungen des Regierungspräsidenten von Gersdorff und hauptsächlich des Oberregierungsrats Freising, der es als kauerndes Verbienft Hörstings bezeichnete, daß der Märzaufland nicht auch auf die Geraer und Erfurter Bezirke übergriff, in allen Punkten widerlegt. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Böttchers zu 1000 Mk. Geldstrafe. Wenn auch das Strafmaß ziemlich niedrig ist, so ist der politische Erfolg des Prozesses um so größer.

## Kleine politische Nachrichten.

Sinrichtung in Rußland. Die Sowjetregierung gibt bekannt: In Nowonikolajewsk hat eine öffentliche Gerichtsverhandlung gegen den weißgardistischen Führer Baron Ungern Sternberg stattgefunden. Der Gerichtsverhandlung wohnten Tausende von Arbeitern und Soldaten der Roten Armee bei. Baron Ungern wurde zum Tode verurteilt. Das Urteil ist vollstreckt worden.

Neue Sowjetnote an die Entente. Tschitscherin sandte eine neue Note an die Alliierten Regierungen, daß die Sowjetregierung nach wie vor der internationalen Hilfskommission die Einreise verweigern müsse, da diese Kommission die Herrschaft der Bolschewisten bedrohe. Gegen den Präsidenten der internationalen Hilfskommission, Rouleux, werden wiederum die heftigsten Angriffe geführt.

Staatsbesitz in Holland. Der holländische Staat schließt mit einem Gesamtbesitz von 248 Millionen Gulden ab.

Der Kappist darf nicht reden! Es hatte sich in Hannover das Gerücht verbreitet, daß General von Lettow-Norbeck kommen und in der Stadthalle sprechen werde. Von linksradikaler Seite zogen deshalb große Scharen vor die Stadthalle, um die ihrer Ansicht nach geplante Versammlung zu stören. General von Lettow-Norbeck war aber nicht erschienen, er wird, wie der Nationalverband deutscher Offiziere“ mitteilt, zu anderer Zeit kommen. Die Schupo sah sich zuletzt genötigt, die Menge aufzulösen und Verhaftungen vorzunehmen.

den Einbruch von Häusern und durch Splitter getötet oder verwundet worden sind. Die Krankenhäuser von Mannheim, Ludwigsbafen und Umgebung sind überfüllt, aber immer noch werden Verletzte in Autos herbeigebracht. Die Toten, die auf Sammelplätzen aufeinandergetragen werden, liegen zu 20 und 30 nebeneinander. Die Leiber sind zum Teil furchtbar aufgebunnen, und die Haut ist fast durchweg verfault, sobald die Veronalien nur an Hand von Ausweispapieren festgesetzt werden können.

Die Erschütterung war so groß, daß in Oppau und im Umkreis von 2 bis 3 Stunden keine Fensterheibe mehr ganz ist. Das Dorf Oppau ist fast vollständig zerstört. Die Verwüstung ist grauenvoll. Hunderte von Toten und Verwundeten lagen umher. Tausende von Menschen flüchteten nach der Stadt. Die Zerstörung der Fabrik hat erhebliche gelitten. Nach einer Mitteilung der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik an die Höppler Fachwerke hat die Explosion einen Teil des Oppauer Werkes zerstört, die Ludwigsbafener Anlagen dagegen blieben unberührt. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt. Die genaue Zahl der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden.

Die Direktion der Anilinfabrik teilt mit: Es ist nunmehr einwandfrei festgestellt, daß die Explosion im Oppauer Werk im Lager stattgefunden hat, worin 4000 Zentner Ammoniumsulfat in Lager lagerten. Bevor zur Herstellung und Einlagerung dieses Produktes geschritten wurde, war es sowohl in der Anilinfabrik als auch anderweitig eingehend untersucht, wobei eine Explosionsgefahr als vollkommen ausgeschlossen galt. Ueber die näheren Umstände der Entstehung der Explosion ist eine Untersuchung im Gange. Bisher ist die Zahl der Toten und Verletzten noch nicht festzustellen, da das Unglück in die Zeit des Schichtwechsels fiel. Alle Mannheimer und Ludwigsbafener Krankenhäuser, Spitäler und Schulen sind überfüllt mit Verwundeten, so daß heute, Donnerstag, morgen ein erster Sonberzug mit Verwundeten nach Heidelberg, heute abend ein weiterer nach Karlsruhe geleitet werden mußte.

Am Mittwoch abend hat man an der Trümmerstätte über 100 Leichen geborgen. Zurzeit wüten noch heftige Brände, ausströmende Gase erschweren die Rettungsarbeiten. Unter den Trümmern der eingestürzten Häuser des Dorfes Oppau fand man bis jetzt zehn Tote, meist Frauen und Kinder. Man hofft unter den Trümmern noch Ueberlebende zu finden, weshalb die Rettungsarbeiten mit größtem Eifer betrieben werden. Die Hilfsmannschaften müssen mit Rauchhelmen arbeiten. Auf den auf dem Rhein liegenden Wackdampfern wurden zahlreiche französische Soldaten verwundet und das in der Anilinfabrik befindliche Wachkommando ist ein Opfer der Explosion geworden.

Bei der Bergung der Leichen spielen sich herzzerreißende Szenen ab. Hundert und aber Hunderte von weinenden Frauen und Kindern umlagern die Unglücksstätte, um nach ihren Familienangehörigen zu suchen. Die Volksmassen, die in großer Aufregung durch die Straßen Ludwigsbafens wandern, müssen sich durch ein Chaos von Glascherben, Mauer- und Kalksteinblöcken und anderen Trümmern bewegen. Ein schauerliches Bild zeigen die Straßen, zahlreiche Verwundete, über und über mit Ammonial besprüht, blutig und mit Notverbänden versehen, kommen von der Unglücksstelle. Die Zeitungen in Ludwigsbafen konnten heute nicht erscheinen. Die Demonstration wurde in Darmstadt, in Karlsruhe, überhaupt in der ganzen Gaardt in einem Umkreis von achtzig Kilometern nachgelassen. In Mannheim wurden bei der Firma Randauer in der Friedenstrasse am Industriebafen zwei erst vor kurzer Zeit bezogene Hallen durch den Ausbruch der Oppauer Explosion sehr stark beschädigt, wobei sie in sich zusammenstürzten. Drei Arbeiter wurden getötet, 14 erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Bei der Firma Huth gab es großen Gebäudeschaden. Ein Lagerbühnen wurde vernichtet. Sieben Personen der Fabrik mußten ins Spital gebracht werden. Bei der Fabrik für Eisenkonstruktion Joseph Lang, Friedenstrasse, beträgt der durch die Explosion verursachte Schaden über 400 000 Mark.

Die Erschütterung infolge der Explosion in Oppau war in Darmstadt so heftig, daß in etwa zwölf Geschäftshäusern der Stadt die Fensterheiben zertrümmert. Man nahm anfangs an, daß es sich um eine Explosion in unmittelbarer Stadtnähe handelte.

### Eine Hilfsaktion.

Die Stadt Frankfurt leitete auf Veranlassung des Oberbürgermeisters mit Hilfe des Roten Kreuzes sofort eine Rettungsaktion in die Wege. Es sind eine Anzahl Krankenautos mit voller Besatzung, 14 Aerzten und mit der entsprechenden Menge von Verband- und sonstigen Hilfsmaterial nach Ludwigsbafen abgegangen. Weitere ärztliche Hilfskräfte sollen folgen.

Die Oppauer Anlagen sind bei der katastrophalen Bräudase in Baden zerstört. Ueber die Warenvorräte läuft bis 1923 ein Vertrag mit einer Gesamtversicherungssumme von 138 Millionen Mark bei einer großen Anzahl von deutschen Gesellschaften. Von diesem Gesamtbetrag hat die Interessengemeinschaft der Farbenfabriken 20 Prozent in Selbstversicherung, jedoch 80 Prozent auf die Risikoversicherungen entfallen. Das Oppauer Werk ist eine Zweigfabrik der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigsbafen, deren Hauptbetriebe sich in Ludwigsbafen, Oppau und Merleburg (Senna-Werk) befinden. Das Gesamtunternehmen beschäftigt in deutschen Betrieben rund 20 000 Angestellte und Arbeiter. Auf das Oppauer Werk entfallen hieran etwa 10 000. Die Fabrik in Oppau kam in der zweiten Hälfte des Jahres 1913 in Betrieb und war bestimmt zur Herstellung von Ammonial.

### Eine Beileidsandgebunge.

Au dem Oppauer Unglück wurde auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Görlitz angesprochen. Gen. Laubadel gab die Schreckensfunde bekannt. Der Delegierten bemächtigte sich einer großen Bewegung, sie erhoben sich von den Sitzen, als der Vorsitzende im Namen des Parteitagbes den Opfern dieser bezaubernden Katastrophe das tiefste Beileid aussprach.

### Die letzten Meldungen.

Mannheim, 22. September.

Zufland ist die große Zahl der ungelommenen oder verwundeten Kinder. Diese befanden sich im Augenblick der Explosion noch in den Betten.

Ludwigsbafen, 22. September.

In dem Silo selbst waren nach Angaben der Geschäftsleitung nur 70 Personen beschäftigt. Die Panik, die nach der Explosion entstand, hat die größte Zahl der Opfer gefordert. Nach Berichten von Augenzeugen haben die Toten buchstäblich in Haufen gelegen. Die ganze Luft ist von den Ammonialdämpfen erfüllt. Am Hauptfeld der Explosion kann nur mit Gasmasken gearbeitet werden. Offenbar ist die Explosion im Bau 51 entstanden, in dessen Keller räumen große Vorräte von Ammonial lagerten. Wie heftig die Explosion war, ergibt sich daraus, daß dieser Bau vollständig zum Erdboden verschwunden ist. Es ist ein Explosionsrichter entstanden, der etwa 70 Meter in der Länge und 90 Meter in der Breite mißt. Auf dem Fabrikgelände befinden sich auch neun Gasometer, von denen einer nicht weniger als 50 000 Kubikmeter Gas enthält. Diese Gasometer sind ebenfalls vollständig zum Erdboden verschwunden und es ragen lediglich noch einige eiserne Säulen aus dem Schuttberge hervor.

General Degoutte begab sich nach der Unglücksstätte, um sich von der Beteiligung der französischen Truppen an der Hilfsaktion zu überzeugen. Der französische Oberkommandeur für die besetzten Gebiete, Liraed, begab sich ebenfalls nach Ludwigsbafen.

# Was geht hier vor?

E. A. Eine seltsame Nachricht aus dem Munde Dr. Heims beschäftigt augenblicklich die politische Presse. Danach haben auf dem, aus dem Bericht des Staatskommissars Weismann bekannt gewordenen Schloß des Obersten Herwarth v. Bittenfeld "Einladungen" stattgefunden, denen u. a. auch der Reichsernährungsminister Dr. Hermes beigewohnt hat.

Diese Nachricht gewinnt an Auffälligkeit, wenn man hört, daß im gleichen Schloß auch der berühmte Führer der bayerischen Rechtskonservativen, Oberst v. Kylander, verkehrte, was anscheinend Herrn Dr. Heim, an dem auch eine Einladung erging, abgehalten hat, hinzugehen, weil er — nach seinen eigenen Worten (Deutsche Tageszeitung Nr. 438) — "Die Gefahr dieses Schlosses kannte."

Nicht uninteressant ist gegenüber den bestimmten Ausführungen Heims die an der Presse erfolgte Ablehnung jeder gesellschaftlichen Veranstaltung durch den Oberst v. Bittenfeld, der angibt, die ganze Zeit über an der Nordsee gewellt zu haben, wo übrigens auch Dr. Hermes seinen Urlaub verbrachte.

Die "zufällige" Häufung dieser auffallenden Momente dürfte auch Schuld haben, daß — wie wir hören — der Herr Reichskanzler Dr. Wirth den Reichsernährungsminister sofort telegraphisch vom Urlaub abberufen hat. Dr. Wirth wird sich darüber klar sein, daß solche "Einladungen" eines Ministers seines Kabinetts, die selbst dem alten Fürsten Dr. Heim zu gefährlich sind, den wirkungsvollen Kampf des Reichskanzlers um Schutz der Republik von innen heraus sabotieren.

Die bevorstehende Umbildung des Reichskabinetts bietet hier gewisse Möglichkeiten.

## Ein schnelles Urteil.

Blättermeldungen aus München zufolge schloß die bayerische Volkspartei den Abgeordneten Dr. Zahnbrecher, den Führer der Opposition gegen die Politik des Parteivorsitzenden Feld und unentwegten Anhänger Rahrs, wegen groben Vertrauensbruchs aus der Partei aus. Zahnbrecher hatte in der "Münchener Zeitung" scharfe Angriffe gegen die Parteileitung gerichtet, Neuwahlen verlangt und die Rückberufung Rahrs gefordert. Die Verhandlungen mit Berlin sollten seiner Ansicht nach den parlamentarischen Kommissionen entzogen und mit allen Vollmachten einzig und allein Rahrs übertragen werden.

## Behabung der bayerischen Regierungskrise.

München, 21. September. (Eig. Drahtbericht) Die Regierungskrise in Bayern ist durch die Wahl des bisherigen Vizepräsidenten der Reichsregierung in Darmstadt, Graf Lerchenfeld, zum Ministerpräsidenten endlich überwunden. Die Koalition wird sich aus denjenigen Parteien zusammensetzen, die dem neuen Ministerpräsidenten ihre Stimme gaben, also Bayerische Volkspartei, Demokraten und Deutsche Volkspartei. Nachdem die bayerische Mittelpartei restlos ihre Stimmen auf den bisherigen Ministerpräsidenten v. Rahrs vereinigte, hat sie sich von den Regierungsgeschäften gewissermaßen selbst ausgeschlossen. Durch die Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist der Weg zum späteren Eintritt in die Regierung offen gelassen worden. Es bleibt anzunehmen, daß nach Aenderung der Regierungsverhältnisse im Reich und in Preußen auch die sozialdemokratische Partei Bayerns wieder maßgebenden Einfluß auf die Regierungsgeschäfte gewinnt.

Die neue Regierung wird mit einem wesentlich anderen Programm als das des bisherigen Ministeriums Rahrs vor die Öffentlichkeit treten. Somit ist nicht nur zu erwarten, daß in Bayern bald andere Verhältnisse entstehen sondern auch der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich eine zufriedenstellende Regelung erfährt. Wie wir erfahren, wird der erste Akt des neuen Ministeriums die Ablegung des Münchener Polizeipräsidenten Pöchner sein.

## Um Toller.

Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Weismann, teilt mit: Auf eine Anfrage des "Bayerischen Couriers", ob ich mit dem unabhängigen Führer Toller verwandt sei, sowie für seine Freilassung besonderes Interesse gezeigt habe, erkläre ich, daß ich mit Toller in keiner Weise verwandt noch verschwägert bin. Ich kenne Toller überhaupt nicht. Ich hätte lediglich die Anregung mehrerer Personen, Toller zum Besuch seiner schwerkranken Mutter zu heurlauben, der Polizeidirektion München zum Befinden weitergegeben.

Diese Erklärung ist bezeichnend für die politische Situation, in der wir stehen. Jemand ein erbärmliches Hintertreppchenorgan nationalitätlicher Färbung rülpst einen Staatskommissar an und der fährt erschreckt in die Höhe, um eine Verwandtschaft zurückzuweisen, die selbst, wenn es nur eine geistige wäre, nur ehrend für ihn sein könnte. Und so ein Staatskommissar brüstet sich noch damit ein Bittgesuch für Toller ausgerechnet an Herrn — Pöchner weitergegeben zu haben! Toller aber, der schwächliche pazifistische Dichter und Edelmann ist weiter, in's dritte Jahr hinein auf Festung.

## Deutsch-völkische Putschabsichten?

München, 21. September. Gestern waren allgemein Gerüchte von einem geplanten national-völkischen Putsch am heutigen Tage verbreitet. Auch im Landtag wurde in parlamentarischen Kreisen darüber gesprochen. Die Gerüchte wurden unterstellt, daß außerordentlich aufsehende Flugblätter aus Automobilen abgeworfen wurden, in denen Regierungsmitglieder und Landtagspartei in schamloser Weise beschimpft wurden. Fünf Flugblattverteiler konnten verhaftet werden. Von der zuständigen Behörde sind entsprechende Sicherheitsmaßnahmen gegen etwaige Ausschreitungen getroffen worden. Wie das B. L. mitteilt, ist es erwiesen, daß Schulz und Tilleßen, die Mörder Erzbergers, zum Stabe Ehrhards gehörten und am Putsch-Putsch beteiligt waren.

## Die Arbeiterhilfe für Rußland.

Wie der "Vorwärts" und die "Freiheit" mitteilen, stehen nach Meldungen, die ein großer Teil der gewerkschaftlichen Landeszentralen bisher dem internationalen Gewerkschaftsbund über das Ergebnis der Sammlungen für das leidende Rußland kundgab, dem internationalen Gewerkschaftsbund bisher 9 1/2

Millionen Mark zur Verfügung. Dieser Betrag dürfte aber nur die Hälfte der bisher gesammelten Gelder darstellen, da zurzeit eine große Zahl Länder noch nicht berichtet. Um den Ankauf von Medikamenten vorzunehmen, den Transport nach Rußland zu organisieren und eine wirksame Kontrolle der Verteilung sicherzustellen, wird einer der beiden Sekretäre des internationalen Gewerkschaftsbundes, Timmen, nach Berlin kommen.

Eine polnische Agentur meldet aus Riga: Nachdem die Meldung von der Plünderung des ersten für die Hungernden in Rußland bestimmten amerikanischen Lebensmittellagers offiziell bestätigt wurde, hat die amerikanische Regierung die vorläufige Einstellung jeder weiteren Hilfsaktion angeordnet.

## Ein englisch-französischer Geheimvertrag.

III. Paris, 20. September.

Der "Matin" veröffentlicht den Text eines Geheimabkommens, das am 15. Dezember 1919 zwischen Clemenceau und Lloyd George in London abgeschlossen worden ist. Das Abkommen besteht aus 9 Artikeln, die im wesentlichen folgende Punkte betreffen: Die französische und englische Regierung verpflichten sich, sich in der Reparationskommission nicht durch Minister vertreten zu lassen. Der Generalsekretär der Reparationskommission wird von England gestellt werden. Die deutschen Zahlungen werden zunächst zur Bestreitung der Kosten der Besatzungsarmee, an 2. Stelle zur Erledigung der belgischen Priorität verwendet werden. Die Anteile, die Frankreich und England zu Reparationszwecken erhalten, werden im Verhältnis von 11 zu 5 stehen. England verpflichtet sich, die Wahl eines französischen Prääsidenten der Reparationskommission zu unterstützen. Frankreich verpflichtet sich, die Wahl eines englischen Präsidenten der Shipping Section zu unterstützen. England erklärt sich mit der Ausgabe einer französischen Anleihe in London einverstanden, deren Betrag in England veranzuschlagen werden muß. — Der "Matin", der seine beständige Kampagne gegen Clemenceau fortsetzt, kritisiert heftig dieses Dokument und bemerkt, man bezweifle, daß Clemenceau es unterlassen habe, den Text dieses Abkommens zu veröffentlichen. Die Zeitung macht darauf aufmerksam, daß dieses Abkommen die Höhe und das Verhältnis der Besatzungskosten der verschiedenen Länder nicht bestimmt und aus diesem Grunde würden heute 18 000 englische Soldaten in den besetzten Gebieten teurer zu stehen kommen, als 70 000 französische Truppen, die sich dort befinden.

## Völkisch-wissenschaftliches Propagandazentrum in Rußland.

M. Nach der Mitteilung der "Pravda" ist zur Erleichterung der Propaganda in Berlin ein internationales Zentrum der dritten Internationale geschaffen worden, das eine Spezialzeitung im Dienste der Hilfe für die Hungernden Rußlands herausgeben und 450 Zeitungen mit Material versehen wird.

## Russische Kulturpläne in Berlin.

Der "Vorwärts" protestiert, mit Bezug auf die Nachricht, daß Sowjetrußland in Berlin einen großen Verlag sowie eine Kunstausstellung unter großen Kosten plant, gegen den unmoralischen Widerspruch, daß die Sowjetregierung angeblich nicht genug Geld hat, um im Ausland Lebensmittel einzukaufen und daher an die Sammelkreudigkeit auch jener Arbeiterorganisationen, die sie sonst so kräftig bekämpft, appelliert und auf der anderen Seite Millionen dafür ausbittelt, kommunikalische Blätter zu unterhalten, Bücher und Broschüren unter dem Selbstkostenpreis zu verlegen, unzählige Missionen vorübergehend oder dauernd im Auslande unterhält usw.

## Die Bekämpfung unerlaubter Verbände.

In Berliner parlamentarischen Kreisen waren in den letzten Tagen mehrfach Nachrichten aus Bayern eingetroffen, die von einer unmittelbar bevorstehenden Putschgefahr in München sprachen. Die Ermittlungen haben das Vorhandensein rechtseradikaler Gruppen in Bayern, die mit einzelnen unbotmäßigen Formationen in Nieder- und Mittelschlesien in Verbindung stehen, abermals darzulegen. In diesen Teilen Schlesiens besaßen sich vor ihrer Auflösung zahlreiche Selbstschutzorganisationen. Während sich die ruhigen, disziplinierten Elemente nach der Auflösung des Selbstschutzes in ihre Heimat zurückbegeben, blieben andere bekanntlich in Verbänden zusammen. Diese Verbände, in denen unverantwortliche rechtsradikal gestimmte Führer die Mannschaften beeinflussen, bilden nach Ansicht hiesiger politischer Kreise eine ernste Gefahr. Infolgedessen fand in der Reichskanzlei eine lange Besprechung über diese Verhältnisse in Schlesien statt. An der Sitzung nahmen außer dem Reichskanzler Dr. Wirth der Reichsminister des Innern Dr. Grafenauer, Minister Dr. Rathenau, der preussische Minister des Innern Dominikus sowie die Vertreter der anderen zuständigen Stellen teil. Die Erörterungen befaßten sich in der Hauptsache mit der Methode der Bekämpfung dieser unerlaubten Verbände. Die Beschlüsse, die gefaßt wurden, waren vertraulich.

## Landwirtschaft und Goldwerte.

Während bisher die Landwirtschaft die Möglichkeit einer Erfassung der Goldwerte für sich bestritten hat, ist der pommerische Landbund der Lösung dieser Frage ganz bedeutend näher gekommen. Der Landbund hat plötzlich entdeckt, daß infolge der fortschreitenden Entwertung des Bargeldes die Aufstellung eines richtigen Voranschlags und Haushaltsplans, bewerkstelligt werden muß. Daher beabsichtigt er, seine Beiträge nicht mehr in Geld, sondern in Roggenwährung zu erheben. Der Kreisvertretertag des pommerischen Landbundes vom 31. August hat dieses Prinzip grundsätzlich gebilligt und die Direktionen beauftragt, einen genaueren Entwurf vorzubereiten.

Sier ist also tatsächlich der Versuch, eine laufende Beitragsleistung durch Naturalwertsteuer abzulegen, verwirklicht. Die Erfassung der Goldwerte soll ja bekanntlich nicht nur dem Reiche die notwendigen Unterlagen für Auslandskredite zur Verfügung stellen, in dem sie ihm die notwendige Vermögenssubstantz gab, sondern sie sollte auch herbeiführen,

daß das Reich entsprechend dem Gewinn der Sachbesitzer seine Steuerforderung erhöht. Während man auch das letztere bisher abgestritten hat und immer nur die Not der Landwirtschaft ins Feld führte, ist in dem genannten Falle tatsächlich der Weg zu einer Naturalsteuer gefunden. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn die Landwirtschaft sich bereit erklären würde, sämtliche laufenden Steuern im Verhältnis zur Geldentwertung — also nach Roggen- oder auch Goldwährung zu leisten. Im Zusammenhang hiermit ist übrigens interessant, daß die Unternehmerverbände zur Beratung ihrer Kreditvorschläge und zur Ausarbeitung der Pläne einen besonderen Ausschuß gebildet haben und daß dieser Ausschuß die Möglichkeit anerkannte, die Vermögenssubstantz zum Zwecke der Reparationszahlungen flüssig zu machen. Hiermit ist also bewiesen, daß in der Praxis die Erfassung der Goldwerte tatsächlich nicht undurchführbar — wie bisher immer behauptet — ist. Es wird von dem guten Willen der Goldwertbesitzer abhängen, ob man den anerkannten Grundsätzen auch in der Steuerpolitik zur Geltung verhelfen.

## Steuerstundung für Personen über 65 Jahre.

Die kleine Anfrage der Abgg. Drewitz, Holzamer und Genossen über die Steuerstundung für Personen von mehr als 65 Jahren wird vom preussischen Finanzminister u. a. wie folgt beantwortet werden: Nach § 26 des Reichseinkommensteuergesetzes können bei der Veranlagung besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, durch völligen oder teilweisen Erlass der Steuer berücksichtigt werden, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 30 000 Mk. nicht übersteigt. Auf dem Gebiete der preussischen Gewerbesteuer können veranlagte Steuerbeträge in einzelnen Fällen niedergeschlagen werden, wenn deren zwangsweise Beitreibung die Steuerpflichtigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährden würden.

## Volkswirtschaft.

### Kosten des Nahrungsmittelaufwands.

Das Sechseckmache der Friedenszeit.

Im August 1921 hat die im Großhandel bereits einige Wochen früher beobachtete Steigerung der Preise sich auch im Kleinhandel deutlich ausgeprägt. Diese Wertenerhöhung kommt besonders scharf in der Lebensmittelpreistatistik zum Ausdruck. Die von R. Calmer auf Grund der Berichte von rund 200 deutschen Plätzen berechnete Indexziffer, die den Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, pro Woche in Mark angibt, zeigt, wie wir der Wochenschrift "Die Konjunktur" entnehmen, in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres folgende Bewegung:

Januar . . .	381,70	Mai . . . . .	353,14
Februar . . .	359,56	Juni . . . . .	351,55
März . . . . .	356,19	Juli . . . . .	359,04
April . . . . .	351,27	August . . . . .	395,96

Von Januar auf August ist eine Steigerung um 4 Prozent eingetreten, während sich die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes gegenüber der Friedenszeit (Juni 1914 gleich 24,78 Mk.) von 1 auf 16 erhöht haben.

### Die Entlastung am Brennstoffmarkt.

Die Lage am deutschen Brennstoffmarkt hat sich derart gebessert, daß vom 1. Oktober ab die Zwangswirtschaft für Kohle, Braunkohle, Kappsteine, Grubekoks, Zementkoks und Gaskoks aufgehoben wird. In Zwangswirtschaftung bleiben nur noch Steinkohle, Steinkohlenbriketts und Braunkohlenbriketts. — Die Stimmenspreise ergeht sich angesichts der Abfahrschwierigkeiten für Braunkohle in der Forderung nach Abschaffung des Achtstundentages und nach besonderen Tarifen und Steuervergünstigungen für die Braunkohlenindustrie. Daß Stinnes auch seine Kohlen und Schienen an die Reichseisenbahn billiger liefern will, davon ist bis heute noch nichts bekannt. Auch davon nichts, daß er seine Auslandsgewinne zur Versorgung derjenigen Arbeiter zur Verfügung stellen will, die bei einer Verlängerung des Arbeitstages erwerbslos werden. Das Reich hat es ja dazu!

## Devisen-Kurse.

	21. Sept.	20. Sept.	
Amsterdam	100 fl.	8434.05	8306.65
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	770.20	741.75
Kristiania	100 Kr.	1368.60	1315.65
Kopenhagen	100 Kr.	1938.05	1833.10
Stockholm	100 Kr.	2372.60	2277.70
Helsingfors	100 Finn. Mk.	175.80	154.80
Rom	100 Lire	457.—	444.55
London	1 £	408.55	391.60
New York	1 Doll.	169.99	165.39
Paris	100 Frs.	766.95	749.25
Zürich	100 Frs.	1888.10	1825.65
Madrid	100 Pesetas	1423.65	1378.60
Wien	100 K.	9.78	9.88
Budapest	100 K.	14.98	18.93
Prag	100 K.	127.10	123.60

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelaufen am 21. September 1921.					
Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit Tage Std.
D.	C.	Castor	Müller	Kiel	1
D.	C.	Seeleichter 85	Glahr	Bremerhaven	2
Angelaufen am 22. September 1921.					
D.	D.	Dolladt	Fischer	Kopenhagen	1
D.	D.	Delphin	Wienke	Kölning	1
D.	D.	Steinweg	Schröder	Koltdorf	8
D.	C.	Seel. Volksdorf	Dieder	Koltdorf	8
D.	C.	Riffan	Carlson	Walmö	16
C.	S.	Mathilde	Oppelmann	Armeefund	17
C.	S.	Sieglinde	Gauer	Barnemünde	1

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton: H. Hermann Bauer; für Wirtschaft Lübeck und den übrigen Teil August Schulz; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co. Lübeck in Lübeck.

# Garderoben-Woche.

Ab Freitag kommen große Mengen Herren- u. Knaben-Garderoben außerordentlich billig zum Verkauf, die Preise sind so billig, um es jedermann zu ermöglichen, sich neu einzukleiden.

Herren-Anzüge . . . . .	250, 175	Herr.-Dukskin-Hosen	39 <sup>50</sup> 29 <sup>50</sup>
Reichs-Anzüge, halb. Stoff	187	Herr.-Dukskin-Hosen	59 <sup>50</sup> 49 <sup>50</sup>
Ulster für Herren	75, 49, 39 <sup>50</sup>	Kammgarn-Hosen	150, 139, 119
Ulster für Herren	295, 265, 195	Manchester-Hosen	175, 129 <sup>50</sup>
Ulster u. Raglans	895, 795, 495	Feldgrau Breeches-Hosen	165
Herr.-Reklame-Anzüge	595, 495	Blaue Arbeits-Jacken	von 28 an
Herr.-Anzüge Ia.	890, 750, 695	Schwere Herr.-Futterhosen	35, 32
<b>Knaben-Anzüge</b>		Normal-Hemden	49 <sup>50</sup> 36, 29 <sup>50</sup>
in riesiger Auswahl		Maké imit. Hemden	29 <sup>50</sup>
billigst.		Wollene Herr.-Westen	von 25 an

Während der Garderoben-Woche (6759) besonders preiswert: Hemdentuche, Rohmessel, Schürzenstoffe, Aussteuer-Artikel, Bettinletts.

**Johannes Holst**  
Markt 6 LUBECK Kohlmarkt 6.

Theaterverein „Freiheit“ von 1906.  
Großer Theater-Abend am Freitag, dem 23. September im Konzerthaus „Flora“.  
Zur Aufführung gelangt:  
1. Georg Meter oder De Isehnahn up Fehmarn. Plattdeutscher Schwant in 1 Aufzug. (6744)  
2. Plattdeutsches Lustspiel in 8 Aufzügen.  
Kassenöffn. 6 1/2 Uhr, Anf. 7 1/2 Uhr  
Eintritt 3 M. u. 80 ¢ Steuer  
Kinder 1.50 M. u. 80 ¢ Steuer  
Das Komitee.

## Achtung! Bauarbeiter u. Zimmerer! Bau- und Platzbelegierten-Versammlung

am Freitag, dem 23. September abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist das vollständige Erscheinen der Delegierten dringend notwendig (6754) Die Vorstände.

Holz Kohlenteer  
Steinkohlenteer  
Kerbolinenum  
Dachpappe (6755)  
Paul Stammer,  
Diana-Drogerie  
Glandorp- Ecke Warendorplatz.

# Gelegenheitskauf

## Großer Posten Herren-Anzüge

Jackett — Hose — Weste

jedes einzelne Stück ist tadellos mit guten Futterzutaten, wie Satin, Serge, Leinen usw. verarbeitet, einreihige Saccoform in allen Größen

**187<sup>00</sup>** Mk.

Ferner biete ich noch zu alten Preisen an:

Herren-Normal-Hemden	in sol. Qual. m. Vorder- u. Rückenschl., Gr. 4-6	37 <sup>50</sup>
Herr.-Normal-Hemden	Ia. wollg. Qual., Achsel-schluss, Gr. 4-6	58.50 54.50
Herren-Plüsch-Hemden	in bester Friedensausf. Gr. 5 u. 6	72.50
Herren-Normal-U'Hosen	aus. dauerhaft, halbsch. Ware	46.50 39.80
Graue Trik.-U'Hosen	Reichsware, in allen Größen	9.50

**Hans Struve** Lübeck  
Königsstr. 87/89  
Ecke Walmstr.  
Rendsburg — Neumünster — Itzehoe.



Werfen Sie ein Auge

auf den mit **Layalin** geputzten Stiefel und Sie entscheiden sich für diese Marke Überall zu haben.

Gen. Fabrik Gebr. Meyer Ham-Ricklingen  
Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**  
Telephon 758. Moltkestraße 1. (6736)

## Neuer Grundeigentümer-Verein Lübeck und Umgegend

von 1919 c. B.  
Freitag, den 23. September, abends 8 Uhr. Zentral-Hallen:

## Große öffentl. Versammlung

ämtl. Haus- u. Grundbesitzer Lübeds u. Umgegend  
„Die Goldzwangsgrundschuld und ihre Gefahren für die Haus- und Grundbesitzer“  
Referent: Herr Stadtrat Hamar aus München, Mitglied des Reichswirtschaftsrats.

**Freie Aussprache.**  
Zu dieser Versammlung ist jeder Grundbesitzer, die Industrie, Gärtnervereinigungen, Landwirte usw. freundlich eingeladen.  
Es geht um das Sein oder Nichtsein des privaten Grundeigentums.  
Eintritt für Mitglieder und Frau 1 Mk., Nichtmitglieder 2 Mk. (6752)  
Mitglieder haben ihren Ausweis und Nichtmitglieder den Grund- u. Gebäudebesitzerzettel vorzuzeigen.  
Zutritt nur für Grundeigentümer.

## Reell und billig!

Hemdentuche	6 Meter	14.50, 10.50	9 <sup>50</sup>
Kessel (Stouts)	6 Meter	12.50, 11.80	9 <sup>50</sup>
Bettbezüge, farb.	6 Mtr.	108, 99	96 <sup>00</sup>
Bettbezüge, weiß	6 Mtr.	99, 87	96 <sup>00</sup>

Kleiderschotten, Mtr. 45.—, 24.50, 22<sup>50</sup>  
Haarskleiderstoffe Mtr. 25.50, 22.—, 19<sup>50</sup>  
Blusenstreifen . Mtr. 49.50, 36.—, 25<sup>50</sup>  
Cheviot, blau u. schw. 59.—, 46.—, 35<sup>50</sup>  
Beachten Sie bitte unser Schaufenster!  
**Walter Gricphan & Co.**  
Lübeck, Hüxstr. 74. (6751)

Schwarz-rot-goldene  
**Gleisen**  
und **Fahnen**  
aller Art liefert zu Fabrikpreisen  
Buchhandlung „Lübeder Bollshof“  
Johannisstraße 46.

## Gewerkschaftshaus

Jeden Freitag: (6746)  
**Großes Tanzkränzchen.**  
Anfang 7 Uhr. Ende 12 Uhr.

## Palast-Theater

Bad Schwartau  
Lübecker Straße 68.  
**Eröffnungs-Vorstellung**  
Freitag, den 23. September 1921  
abends 8 Uhr. (6757)

Programm:  
**Der Stier von Olvera.**  
In den Hauptrollen:  
Emil Jannings, Hanna Ralph.  
Kassenöffnung u. Beginn des Konzerts 7 1/2 Uhr.

## Luisenlust.

Morgen Freitag: **TANZ**  
Eintritt und Tanz frei. (6772)

Lübecker Gemeinnütz. Milchversorgung  
e. G. m. b. H. zu Lübeck.  
Sonntag, den 24. Septbr., abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im grünen Saal des Stadttheaters.  
Tagesordnung: Aufklärende Mitteilung über die gegenwärtigen Milchpreise.  
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.  
Ohne Ausweis kein Zutritt.  
Der Vorstand:  
Julius Heise, Vorsitzender. (6758)

**Visitenkarten**  
Herrn Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

## Achtung! Schweizer

der Provinz und des Freistaates Lübeck  
am Sonntag, dem 25. September  
morgens 9 1/2 Uhr  
Bahnhof Gleschendorf  
im Gasthaus Bldörp.  
**Schweizertag.**

Tagesordnung:  
1. Wie kann der Schweizer seine Lage verbessern?  
2. Gründung eines Ausschusses der Schweizer im Landarbeiterverband.  
Kollegen, erscheint alle in der Versammlung, damit auch ihr durch eine starke Organisation eure Lage verbessern könnt.  
(6747) Der Einberufer.

## HANSA-THEATER

Täglich 7 1/2 Uhr abends:  
Der große Erfolg. (6729)  
„Wenn Liebe erwacht“  
Operette in 3 Akten  
von Eduard Künneke.

**Stadttheater Lübeck.**  
Donnerst., 22. Sept. 7 Uhr  
Die Zauberflöte.  
6. Ab. Vorst. Buchst. B.  
Freitag, 23. Sept. 7 Uhr  
Wallensteins Tod.  
6. Ab. Vorst. Buchst. B.  
Sonntag, 24. September, keine Vorstellung wegen Vorbereitung zur Blauen Masur.  
Sonntag, 25. Sept., 2.15 U.  
2. Fremdenvorstellung.  
Die Zauberflöte.  
Sonntag, 25. Sept., 7.30 U.  
Neuheit! Neuheit!  
Die Blauen Masur.  
Operette von Franz Lehár.  
Kammerspiele des Stadttheaters.  
Fünfhäufen 17/19.  
Donnerstag, 22. Sept. 7.30  
Flamme.  
Sonntag, 25. Sept. 7.30 U.  
Maria. (6737)

## Wir sind billig!

Neu-Eingänge:  
**Damen-Konfektion,**  
Häute, Hüte, Kostüme, Blusen-Köde.  
Erdbeeren 158.— bis 450.—  
Leder- und Gummihüte 345.—  
Herrenanzüge, farb. u. blau. 425.—  
Knabenanzüge 88.—  
Häute, Schieber in großer Anzahl.  
Kaufte Herren Arbeits-Hüte  
für weit herum 135.—  
Stärke Schieber 280.—  
Bauer-, Herren-, Kinderhüte sehr viel.  
**Ehlers & Deetwisch**  
60e Sommerstraße. St. Petri 2 und 4.  
Ansprüchungen  
für Arbeiter und jeden Beruf.  
Das bekannteste Familienstück. (6768)

## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 22. September.

Zum Bezirksparteitag, der am 2. und 3. Oktober in Lübeck stattfindet, bitten wir die Parteigenossen, soweit es möglich ist, Delegierte bei sich aufzunehmen. Meldungen eruchen wir unter Angabe, ob unentgeltlich oder gegen Bezahlung, an das Parteisekretariat, Johannisstraße 50, richten zu wollen.

Achtung, Jungsozialisten! Heute abend 8 Uhr Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus.

### Die Feuerung in den einzelnen Städten.

Die Feuerung ist, wie berichtet, von 1920 im Juli auf 1045 im August gestiegen. Es liegen jetzt auch die Zahlen aus den 47 Gemeinden mit Eisenbahn vor. Sie bedeuten die Ausgaben für Erwärmlung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung und betragen in Berlin 1045, Hamburg 1099, München 1092, Dresden 1013, Breslau 999, Essen 978, Frankfurt a. M. 1101, Nürnberg 1086, Stuttgart 1046, Chemnitz 1008, Dortmund 1014, Magdeburg 999, Königsberg i. N. 980, Mannheim 1139, Kiel 1026, Augsburg 967, Wachen 1201, Braunschweig 973, Karlsruhe 1032, Erfurt 1048, Lübeck 1031, Hagen 1087, Ludwigshafen 1078, Darmstadt 1061, Frankfurt a. O. 997, Solingen 1143, Halberstadt 970, Schwerin 973, Rastow 1083, Heilbronn 926, Göttingen 882, Eisenach 1061, Herford 990, Bauen 1028, Gießen 1091, Oldenburg 1009, Schweinfurt 1040, Eberswalde 1028, Fulda 1085, Meiningen i. Schl. 978, Auerbach i. B. 951, Rastenberg 925, Sebnitz 1061, Grimma 971, Blumenthal 990. — Nach dieser Zusammenstellung steht Lübeck mit Berlin und Hamburg fast auf gleicher Höhe.

### Die erdöhlte Front.

Immer und immer wieder gehen rechtsstehende Blätter, besonders die „Lüb. Anzeigen“, mit dem Märchen kreben, daß durch Ausbruch der Revolution die Front von hinten erdöhlte worden sei. Nicht nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei spekulierten bei den Wahlen durch diese schon so oft widerlegte Unwahrscheinlichkeit auf die Stimme der Wilsläufer, sondern selbst die Demokraten scheuten sich nicht, wenn sie sich sicher fühlten, damit aufzuwarten. Es dürfte deshalb interessanter, einmal eine Stimme zu vernehmen, die diese unsinnigen Einwände treffend entkräftigt. Am Sonntag fand die Generalversammlung des Kreisverbandes Elmshorn-Pinneberg der Deutschnationalen Partei statt, auf der u. a. General Frhr. v. Schönau sich in feinem Vortrag über die politische Lage äußerte und dabei auch auf die Frage von der erdöhlten Front zu sprechen kam. In den „E. N.“ lesen wir darüber:

Besonders interessant war bei den Ausführungen über die politische Vergangenheit der Nachkriegszeit die Ansicht des auf militärischem Gebiete sachverständigen Redners über die Frage, ob wir zu früh oder zu spät Frieden gemacht hätten. Wenn jemand sage, wir haben 5 Minuten zu früh Frieden gemacht, so möchte er behaupten, sechs Monate zu spät. Wenn wir übrigens noch fünf Minuten später hätten abschließen wollen, dann dürfte uns eine Katastrophe bevorstanden haben, von der sich damals kein Mensch einen Begriff gemacht, die unsere Heeresleitung aber geahnt haben wird. In der Nähe von Metz hatte General Koch 24 Divisionen zu einer neuen Offensive herbeigestellt, die uns an einer empfindlichen Stelle getroffen und unser ganzes in einen großen Saal in Frankreich hineinhängendes Heer hätte abschneiden können. Diese französische Offensive verschweigt man uns und verbreitet weiter die Legende vom Dolchstoß von hinten, indem man sagt, nur die sozialdemokratische Agitation im Heer habe die Front zermürbt. Die Sozialdemokratie hatte es gar nicht nötig, dadurch, daß die Konföderativen die Oberhoheit sabotierten, ist die Front zerstört worden.

## Jungfer Winchen und die Junggefallen.

Roman von Alice Berend.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
Kein Mißgeschick jedoch, das nicht auch sein Gutes birgt. Gerade dies war für Anton entscheidend gewesen, Winchen als Hauskätzin zu wählen. Daß Saphir in Winchens Augen Treue und die Sehnsucht der vom Glück Vergessenen zu finden meinte, hatte ihn nur einen kurzen Augenblick zögern lassen. Ihn selbst erinnerten diese zwei schwarzen Punkte an Korinthen im ausgeblauenen Kuchenteig. Er mochte diese getrockneten Beeren, kleinern und zahnähnlich erlaufend, nicht einmal im wohlgeratenen Gebäck. Doch geringe Meinungsunterschiede waren auch im besten Einvernehmen nicht auszuweichen. Anton verbielt sich schweigend. Die Zukunft bewies, daß über Winchens Kochkunst und ihre Reinlichkeit nur eine Ansicht walten konnte. Das war die Hauptfache.  
Winchens Fleiß hatte bis dahin einem kinderlosen Ehepaar gegolten. Auch dort war ihr Weibchen ein Vorteil gewesen. Die Ehefrau glaubte auf das Aussehen ihrer Dienstmädchen acht geben zu müssen. Aus Rücksicht auf ihren Ehemann. Winchen entsprach ganz ihren Ansprüchen.  
Winchen konnte also Verleiche anstellen zwischen Eheleben und Junggefellentum. Dienstbotenblicken bleibt nicht weniger verborgen, als dem Auge dessen, der alles sieht.  
Winchen sagte, daß man nicht vergeßen dürfe, daß bei der Ehe alles, was dazu gehöre, vom Priester gesegnet sei. Man mußte also sein Nachsehen haben, wenn es nicht so rechtlich zugehe, wie in einem Junggefellentum.  
Und was bei den Junggefallen den Teufel in der Werkstatt anging, hätte Winchen die Nachbarn längst beruhigen können. Aber ob schön oder nicht, Mädchen bleibt Mädchen. Winchen dachte, wie der Herr, so der Diener. Sie hatte nichts dagegen, wenn ein Schimmer geheimnisvoller Zaubers auch auf sie fallen könnte. Sie hütelte sich zu verraten, daß sich ihre Neugier längst Einblick in die verbotene Stätte zu verschaffen gewußt. Das waren Augenblicke der Aufregung gewesen. Allein zwischen dem Tischtuch in dämmernder Feiertagsstille. Haggig, geheimnisvoll wie Herzen ohne Körper, postete es ringsum. An den Wänden, auf den Tischchen.  
Es hatte Winchen übertrieben. Beinahe hätte sie gewünscht, daß der hinkende Gehörnte hervorgesprungen wäre. Aber sie war allein gelieben. Niemand war gekommen.  
Dieser Wunsch erfüllte sich erst in der Nacht darauf. Im Traum. Aber das ließ sich gar nicht weiter erzählen.  
Obwohl niemand für seine Träume verantwortlich gemacht werden konnte. Die kamen aus dem Magen. Nur Bewußtlose können behaupten, wie die Gedanken am Tage. So die Träume in der Nacht.

Hier wird von einem Militärfachverständigen einwandfrei festgestellt, daß weder die Revolution, noch die Sozialdemokratie die Schuld an dem Zusammenbruch trägt, sondern die Unfähigkeit und Durcheinanderpolier der Reaktion. Insbesondere ist insbedeutend, daß man dem deutschen Volk eine weitere französische Offensive verschwiegen hat, die die deutsche Armee vollständig vernichtet hätte.

Der Streik im Damenfrisiergewerbe beendet. Nach einer Dauer von 10 Wochen ist der Streik der Friseurinnen beendet worden. Leider ist es nicht möglich gewesen, das für die Friseurinnen zu erreichen, welches unser Ziel war. Aber dessen ungeachtet, werden wir nicht müde sein, weiter zu kämpfen für eine bessere Berufsfrage der Friseurinnen. Wie einige Friseurgehilfen, so sind auch mehrere Friseurinnen gemahregelt. Wir bitten, daß auch in Zukunft die Friseurinnen bis zur restlosen Einstellung weiterhin unterstützt werden. Im Gewerkschaftshaus wo die Kasseritube besteht, ist auch weiterhin Gelegenheit gegeben zum Damenfrisieren. Unterstützt die Friseurgehilfen und Friseurinnen und laßt Euch im Gewerkschaftshaus bedienen. Arbeitgeber, die nur mit Friseurinnen, die Streikbrecher wurden, arbeiten, sind folgende: B. Koffbahn, Sandstraße 12, A. Krüger, Sandstraße. Es wurde vor kurzem darauf hingewiesen, daß das Geschäft von O. Vermehren, Gr. Burgstraße 48 zu meiden ist. Dort ist ein unorganisierter Gehilfe beschäftigt, der im Frühjahr den Versuch machte, den Friseurgehilfenverband zu schädigen. Arbeiter und Angestellte Lübecks, laßt Euch nur in Geschäften bedienen, wo der Gehilfe im Verbanke ist. Besucht rege unsere Kasseritube im Gewerkschaftshaus und vergebst unsere Friseurinnen nicht.  
Arbeitnehmerverband für das Friseur- und Haargewerbe, Zweigstelle Lübeck.  
Z. N.: Koop.

Oberlandesgericht. Die Senate der Hansestädte haben auf Grund der von dem Senate von Hamburg vorgenommenen Wahl den Oberregierungsrat bei der Senatskommission für die Justizverwaltung in Hamburg Franz Lang, J. U. Dr., auf den 20. September d. Js. zum Generalstaatsanwalt bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht ernannt.

Umtausch zerrissener Geldscheine. Man findet ziemlich allgemein die Meinung vertreten, daß beschädigtes oder zerrissenes Papiergeld von der Reichsbank für den vollen Wert angenommen, bzw. umgetauscht würde, sobald die Nummer des Geldscheins vorhanden sei. Diese Meinung ist, wie uns die Reichsbank mitteilt, nicht richtig. Bei der ungeheuren Menge des im Umlauf befindlichen Papiergeldes ist die Nummernkontrolle nur in den seltensten Fällen möglich. Die Bedingungen für den Umtausch zerrissener oder beschädigter Reichsbanknoten, Darlehnslassen und Reichsstaatsanleihen ist dann erfüllt, wenn deutlich erkennbar mehr als die Hälfte eines Geldscheins eingeliefert wird. Beträgt keiner der noch vorhandenen Reste mehr als die Hälfte, so muß ersichtlich sein, daß die vorgelegten Teile einem und demselben Stück angehören. Demnach sind Scheine, mit oder ohne Nummer, von denen nur noch die Hälfte oder weniger vorhanden ist, gänzlich wertlos. Die von der Reichsbank zu erziehenden Scheine müssen gehörig gefaltet sein.

30 Prozent Fahrpreiserhöhung. Ab 1. Dezember sollen bekanntlich auf den deutschen Eisenbahnen die Fahrpreise des Fernverkehrs einheitlich für Fahrpreise für Hundes, Arbeiter- und Reisende um 30 n. S. erhöht werden. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Schnellzugzuschläge, die künftig in der 1. Zone (bis 75 Kilometer), in der 1. und 2. Klasse 10, in der 3. Klasse 5 Mk., für die 2. Zone (76 bis 150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 20 Mk., in der 3. Klasse 10 Mk. und in der 3. Zone (bei Entfernungen von über 150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 30, in der 3. Klasse 15 Mk. kosten werden. Die Vorarbeiten für die Tarifierhöhungen im Güter- und Tierverkehr, die abweichend von den Erhöhungen im Personenverkehr bereits am 1. November in Kraft treten sollen, sind im Gange. Auch für diese Tarife soll dem vorläufigen Eisenbahnbesitz eine gleichmäßige Erhöhung von 30 n. S. vorgeschlagen werden.

Lübecker Opferwoche zur Vinderung winterlicher Not. Man schreibt uns: Getrieben vom herzlichen Mitgefühl mit allen denen, die dem kommenden Winter mit schwerer Sorge, ja mit Grauen entgegensehen, haben sich eine Anzahl Frauen und Männer in unserer Stadt zusammengeschlossen, um die private Wohltätigkeit mobil zu machen gegen die Not, die der Winter über welche Kreise unserer Bevölkerung bringen wird, insbesondere über alleinstehende Frauen, über die Alten, die nicht mehr arbeiten können und über die Familien, die durch Krankheit oder anderes immer weiter zurückgekommen sind. Der Staat allein ist nicht imstande, aller dieser Not zu wehren. Deshalb müssen wir alle, die wir noch arbeiten können, auch wenn wir selbst mit mancher Sorge uns quälen, diesen besonders Hilfsbedürftigen nach Kräften beistehen, daß sie nicht gar zu hart unter Hunger und Kälte zu leiden haben. Da wohl ein jeder, der ein fühlendes Herz in der Brust trägt, mit diesen Armsten Mitleid haben wird, so darf man hoffen, daß niemand sich der Pflicht, nach seiner Kraft mitzuhelfen an diesem Werk helfender Liebe, wird entziehen wollen. Die Zeit vom 1.—10. Oktober soll als Lübecker Opferwoche zur Vinderung winterlicher Not allen Lübeckern Gelegenheit geben zu tatkräftiger Hilfe. Möge der Ertrag der Opferwoche ein reicher sein, damit wenigstens die bitterste Not unter unserer Bevölkerung gelindert werden kann.

Eine ziemlich Enttäuschung war Theo Mantow, der Mittwochabend im Marmoraal einen heiteren Abend veranstaltete. Die geschwätzige Kellame hatte versucht, ihn um als einen Mann hinzustellen, der Marcel Salzer und Josef Blaut, die unbestritten heute unsere wirkungsvollsten Vortragskünstler sind, weit hinter sich lasse. Das stimmte aber nun ganz und gar nicht. Mantow erhebt sich durchaus nicht über das Durchschnittsmaß und ist vor allem keine Nummer für sich. Ueberdies fehlt seinem Programm jede eigene Note. Sachen, wie Fontanes „Herr von Ribbeck auf Ribbeck“, das Salzer schon vor zwanzig Jahren (aber mit viel stärkerer Wirkung) vorrug, verpuffen vollständig. Und was würden eist Salzer und Blaut aus Ribbers Vogel- und Menschengeschichte „Nalob Kratel-Katel“ gemacht haben! Zu würdest den Raben in täuschender Uebereinstimmung mit den Naturlauten Krateln gehört haben. Bei Mantow kam es ungefähr so heraus, wie jeder halbwegs begabte Schauspieler diese Vogelgeschichte auch vorgetragen haben würde. So fehlte Mantow jedes eigene Gesicht, wenn nicht in seinen Schnurren „Die Tierwelt und das Kaisermandor“, „Eine Instruktionstunde“ in der „guten, alten, goldenen Zeit“ (mit einer Anreizerei der Frau des Reichspräsidenten Gert) und in der Einleitung, die Mantow dem Kaiserlichen Ludwig Thoma's gab, der verkappte Deutschnationale greifbar zum Vorschein gekommen wäre. Mantow fand zwar einigen Beifall, doch war dieser niemals so stark, um ihn zu irgendwelchen Zugaben zu veranlassen. —

Die Lübecker Opferwoche teilt uns mit, daß die Eröffnung ihrer Handarbeitsausstellung vor der Tür steht. Sie bittet, die Ausstellungsgegenstände, die gegen Einbruch, Diebstahl, Feuer und Aufruhr versichert sind, am Freitag nachmittag von 3 bis 5 Uhr Königstraße 19 einzuliefern.

Stadttheater. Heute wird in der „Zauberflöte“ der wiederbergestellte Herr Immdorf den „Sarastro“ singen. Am Freitag wird noch einmal „Wallensteins Tod“ wiederholt. Wegen Vorbereitung zur „Blauen Mazur“ fällt die Vorstellung für den Faustzyklus am Sonnabend aus und wird auf den nächsten abonnementsfreien Tag verschoben, das ist am 8. Oktober.

Nabeankalt Faltendamm. Wassermärme am 22. September morgens 6 Uhr 13°, mittags 12 Uhr 13° Celsius.

### Angrenzende Gebiete.

Stokelsdorf. Zur Krankenkassenfrage im Landesteil Lübeck. Kürzlich ging die Meldung durch die Presse, daß die Vereinigung der Landkrankenkasse für den Landesteil Lübeck in Eutin mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landesteil Lübeck vom Oberversicherungsamt in Oldenburg a. H. genehmigt worden sei. Damit sind alle Vorarbeiten, die Hoffnungen und Wünsche vieler Landarbeiter vernichtet worden. Es

II.  
Schloß der Feierabend die Werkstatt, spielte Saphir die Flöte. In der warmen Jahreszeit schickte er die Töne von der weinmüdesten Klänge über den weiten See. Schieber zu den Alpenfluten, die das Abendlicht zu rotem Eisen schmiedete.  
Saphir blies keine Choräle. Auch nicht flotte Lieder für Ledige. Seine runden Finger kneteten die Liebesweisen der ganzen Welt aus den kurzen Atemflößen, die die Flöte durchpusteten.  
Wurst fragt nicht nach Körpergewicht. Sie läßt den Schwersten auf Schmetterlingen davonreiten.  
Die Waare in den schaukelnden Booten verdoppeln ihre Rüsse. Sie sorgen nicht, ob es ein Ehefeind wäre, der so schön herausblies, was sich schwer aussprechen läßt.  
Im Winter mußte Saphir im Wohnzimmer blasen. Anton ging dazwischen spazieren. Wenn es das Wetter irgend nur zuließ, behüte erharmungsloser Erkältungswind, mußte er das brüderliche Geräusch mit in den Tageslauf nehmen. Um wenigstens gemildert durch starke Mattenballen in den Ohren.  
Es konnte geschehen, daß Saphir stundenlang nicht aus dem Blasen herauskam.  
Rechnen steck sich dabei nicht.  
Anton griff zur Leuchte, Bücher hervorzuquie er ohnedies auf dem Gebiet der Unterhaltung. Sie wurden nicht grob, dachte man eine Weile an anderes, statt ihnen zuzuhören. Sie marrierten nicht, war man nicht gleicher Meinung wie sie. Sie lachten einen nicht aus, wenn man sie nicht verstand.  
Vor Saphir weit ins Blasen gekommen, suchten seine spielenden Finger bei jedem Geclapp der Tür zusammen. Erst wenn er den Schred weg hatte, begann er sich, daß er Elternschelte und Geschwisterpott nicht mehr zu fürchten hatte. Wunderlich genug, sich in solchen Augenblicken vorrechnen zu müssen, daß einen von den fünfzig nur noch ein halbes Duzend Jahre trennte.  
Verlangte die Flöte nach einer Ruhepause, wurde sie mit einem Seidentuch ausgepackt. Die Liebesweisen schwangen noch im Zimmer. War es wirklich nur Winchen, deren Schritte und hausfrauliches Hantieren das stille Haus belebten?  
Setzte Saphir die Flöte wieder an, spielte er ein Wiegenlied.  
Bei diesen Tönen schnitt Anton Grimassen wie der Teufel, wenn man ihm das Kreuz vorhält. Aber er lag mit dem Rücken zu Saphir. Er hatte Rücksicht mit dem kleinen Bruder. Um zehn Jahre älter wie dieser, war er gewohnt, dem unvernünftigen Kind manches nachzusehen.  
Zudem war er keinesfalls gewillt, dem Kleinen das Zusammenleben unlieb zu machen. Er begann sich noch deutlich des Tages, wo er vom Angeln im Schloßbach, stolz mit einer Forelle heimkehrend, alles zu Hauke auf den Zehenspitzen gefunden. Man sagte ihm, daß er ein Brüberchen geachtet erhalten. Redlich und genau schon damals hatte er dies wörtlich genommen. Hatte geglaubt, daß der Kleine eigens für ihn auf der Welt erschienen. Er leute ihm die Forelle in die Wiege, in die er selbst und die

fünf Schwestern, die nach ihm gekommen, den Lebensweg begannen. Der erste Eindruck ist entscheidend. Anton glaubte noch heute an sein Wiegenlied.  
War das Wiegenlied mit allen Wiederholungen aus der Flöte geschmolzen und das Seidentuch in schweigender Busstätigkeit, wandte sich Anton um.  
Er sagte, wie unbegreiflich es sei, daß sich tätig strebende Männer mit Kindern umgeben können. Worin bestand das Tagewerk eines Kindes? In Schreien, Pfeifen, Luten, Toben, Balgen, Trommeln. Kurzum in Ruhelösung. Ohne Respekt vor der Heiligkeit des Morgens, vor der Behaglichkeit des Mittag, vor dem Frieden des Abends und der Stille der Nacht.  
Jetzt wurde Saphir der Schweigende. Das Wiegenlied hatte Wünsche geweckt. Aber er wollte Anton nicht kränken. Auch mocht man sich nicht gern lächerlich. Und das tat man wohl, verriet man, daß man, wenn die Sonne des Tages versank, oft kleine warme Kinderfinger in seinen leeren Händen zu fühlen wünschte.  
Anton sprach weiter über flürende Geräusche. Er stellte Hundegeläch über Kindergeschrei. Seine Stimme intarrie mehr als je. Als stritte er nicht allein mit dem schweigenden Saphir, sondern auch mit sich selbst und der ganzen jurrnden Stille der gezeigten Stube.  
Er rief in das Schweigen, daß eine große Kinderchar den Besten büßartig mache. Bekräftigte seine Aeußerung, oft wiederholt, durch eigene Erinnerungen.  
Saphir pustete seine Flöte. Eine Erinnerung gibt die andere. Man entwürft den Kinderschuhen. Aber nicht der Kindheit. Nur stand sie wieder vor ihm mit ihrer schredvollen Einsamkeit im lauten Gelärm.  
Saphir war für seine Eltern ein Ueberraschung gewesen. Zu einer Zeit, wo sie für keine Art von Ueberraschungen mehr den rechten Sinn hatten. Dieser Tatsache verdankte auch Saphir den festeren Namen eines Edelsteins. Man wünschte den Nachbarn zu beweisen, daß die Einschränkung durchaus nicht so groß, daß man sich weiteren Zuwachses nicht freuen dürfe. Obwohl Neugierlust seine Schande und jeder Nachbar so viel davon verstand, um herauszufinden zu können, daß sich die Gehaltsziffer des Herrn Amtsdirektors sehr schnell durch die Zahl seiner Familienmitglieder dividieren ließ.  
Kuppelrecht Mögels war ein höflicher Mann gewesen. Unterwürdig jedem Vorgefekten. Lebenswürdig grüßend vor dem kleinsten Kaufmann. Denn kein Geschäftsbuch, wo sein Name nicht auf der Debetseite stand. Aber irgendwo mit jeder zu seinem Recht kommen. An der Schwelle seines Heims ließ er das Sklaventum zurück. Hier schritt er als Tyrann hinein. Zehn Vorgefekte in einer Person. Variiert mußte werden. Nichts, wo sich nicht etwas zu tabeln fand. Da gab es keinen Spah mehr zwischen den Heben. Selbst die Mama, laßt sonst, oft noch Liebeden kriegend und Spiele treibend, wenn auch immer Handnadel und Nadelwerk in den Händen, wurde nun zornig über das Geringschätzen.

(Fortsetzung folgt.)

wurde aber nicht erwähnt, mit welcher Kraft die Arbeit...  
...gearbeitet haben, um die Bereinigung zu hinterziehen.  
...Nicht zweckmäßigkeit, sondern politische Gründe waren  
...für die Ablehnung maßgebend. Man fürchtet, daß die Arbeiter-  
...vertretung in den Ortskrankenkassen zu mächtig wird. Die Ver-  
...treter im Oberverwaltungsamt haben sich hauptsächlich von po-  
...litischen Rücksichten leiten lassen und daher ihr Amt in völlig  
...falscher Weise ausgeübt.

**Stadelsdorf.** Eine Wohnungsnot besteht in der  
Stadt in a l l e d e r S a c h e, so erklärte der Abgeordnete Dohm  
aus Braubach auf der letzten Landtagsversammlung. Diese Be-  
gründung hatte lediglich den Zweck, den Geldbeutel der Be-  
stehenden zu schonen. Die Demokraten und Herr Dr. Gens-  
... von der Deutschen Volkspartei gingen in dieser Frage mit der  
... Deutschnationalen Hand in Hand. — Sonst schwärmen sie ja alle  
... für Erhebungen und Wohnungsbau, aber wenn es den Herr-  
... schaften an den Geldbeutel geht, dann verlagern sie. Die Regie-  
... rungsvorlage verlangte nämlich, daß die Grund- und Gebäude-  
... steuer zur Deckung der Baukostenzuschüsse innerhalb 4 Jahren er-  
... hoben wird. Die Herren vom Geldbeutel wollen aber die Steuer  
... auf 20 Jahre verteilen. Dieses Verfahren der billigeren Par-  
... teien kann nicht scharf genug verurteilt werden. Auch ein Ver-  
... besserungsantrag des Gen. Partels wurde von den billigeren  
... Parteien abgelehnt. Statt des 15fachen Betrages wurde  
... der 10fache Betrag festgelegt.

**Wilhelmsburg.** Güterwagenbrand. Gestern ge-  
... liefen auf dem Güterbahnhof drei mit Heu und Stroh beladene  
... Güterwagen in Brand, die völlig vernichtet wurden, weil sich die  
... Heranzuführung von Wasser als außerordentlich schwierig erwies.

**Hensburg.** Riesenbetrug. Der Makler und Agent  
... H. Bru. aus Hensburg ist nach Betrügereien in Höhe von acht  
... Millionen Mark flüchtig geworden. Er hat unter anderem  
... eine Hamburger Firma um etwa 200 000 Mk. geschädigt. Diese  
... Firma hatte zwecks Ankaufes von Getreide bei der Westholstein-  
... schen Bank in Hensburg Kreditlinie in Höhe von 180 000 Mk.  
... hinterlegt, deren Betrag bei Vorlage der Frachtbriefe zahlbar war.  
... H. Bru. hatte gefälschte Frachtbriefe vor und erhielt das Geld. In  
... dieser Weise hat er auch andere Firmen beschwindelt. Er hat  
... sich zunächst nach Hamburg gewandt, doch zeigen die Spuren  
... jetzt nach Berlin.

**Schwerin.** Harlinghausen eingeliefert. Der  
... Kleine Harlinghausen ist am Sonnabend in das Landgerichts-  
... Gefängnis eingeliefert worden. Harlinghausen war an der  
... Erschießung des Arbeiters Jahnke in den Kapp-  
... lagen beteiligt. Als Inspektor ist er in Oesterreich auf einem  
... Gute beschäftigt gewesen. Wie verlautet, ist er dort krank ge-  
... worden. In einem Krankenhause wurde sein Infanzino geistlich  
... und seine Personalien festgehalten. Selbstverständlich lieferten  
... ihn die Behörden aus, da S. hektisch nachgehakt wurde.

**Kollod.** Die Erwerbslosen-Demonstration vor  
... dem Schöffengericht. Es hatten sich der kommunistische  
... Stadt. Rebe und der Landwirt Glasow wegen Aufforderung  
... zum Ungehorsam bezw. verurteilter Nötigung zu verantworten.  
... Gelegentlich der Arbeitslosen-Demonstration am 17. Januar d. J.  
... sind die Arbeitslosen in den Bürgervertreteraal eingedrungen.  
... Rebe hat in den Saal gerufen „Rast keinen heraus“ und Glasow  
... ist einem Stadtverordneten der den Saal verlassen wollte, in  
... den Weg getreten mit den Worten: „Hier kommt keiner heraus!“  
... Der Anwalt beantragte gegen Rebe zwei Wochen Gefängnis,  
... gegen Glasow 200 Mk. Geldstrafe. Das Schöffengericht er-  
... kannte gegen Rebe auf Freisprechung. G. wurde zu 75 Pf. Geld-  
... strafe verurteilt.

**Nordenham.** Folgen der Selbsthilfe. Aus Norden-  
... ham wird unserem Rüstinger Bruderblatt geschrieben: „Im  
... Konsumgebäude „Unterweier“ in Nordenham gab es am Sonn-  
... abend zum erstenmal billiges Fleisch vom Gewerkschafts-  
... Laden Nordenham. Wie nötig es war, daß hier etwas unternommen  
... wurde, bewies das Verhalten der Schlachter am Ort, denn gleich  
... am selben Tage gingen dieselben mit ihren Preisen um 4 Mark  
... pro Pfund herunter. Daraus ersieht man am besten, was sonst  
... daran verdient worden ist.“

**Gadebusch.** Vom Zug überfahren wurde auf dem  
... Bahnhof die 30jährige Verta Wob. welche abreisenden Besuch  
... begleitet hatte. Das Fräulein war mit in den Wagen gestiegen  
... und hatte nicht bemerkt, daß der Zug sich in Bewegung setzte.  
... Beim Abspringen kam sie unter die Räder. Ihr wurden beide  
... Beine abgefahren. Der Tod trat bald darauf ein. — Große  
... Schade an der Leiche. Durch Frunkeflug von einer Dampf-  
... schiffanlage sind auf dem Gute Berahel bei Gr. Welzin zwei Korn-  
... mieten, eine Scheune und das Viehhäus niedergebrannt. Inge-  
... samt sind 175 Fuder Hafer und 85 Fuder Stroh mitverbrannt.

**Stade.** Urnenfund. In Ahlerstedt stieß ein Landwirt  
... beim Pflügen auf einen Stein. Bei näherer Prüfung stellte es  
... sich heraus, daß er der Deckel einer Steinpackung war, in der  
... sich eine Graburne befand. Es gelang, diese fast unbeschädigt zu  
... bergen. Sie stammt aus der Eiszeit, etwa aus dem Jahre 600  
... v. Christi Geburt.

Zu § 10 Absatz 1 soll der letzte Satz heißen: „Der Ge-  
... schäftsbericht und der Bericht der Landtagsfraktion ist dem  
... Parteitag gedruckt vorzuliegen.“

Zu § 11 Absatz 1 soll es heißen: Der Bezirkstag setzt sich  
... zusammen aus den Delegierten der Ortsvereine und dem Be-  
... zirksvorstand. Die Ortsgruppen bis 300 Mitglieder entsenden  
... einen Delegierten. Auf jede 300 Mitglieder einen zweiten  
... Delegierten.

Bei § 11 Absatz 2 ist zu streichen „Sitz und Stimme“ und  
... „haben nur“. Der Absatz 2 des § 11 würde also lauten: Außer-  
... dem haben zu den Bezirksparteitagen die Reichstagsabgeord-  
... neten sowie ein Fünftel der Mitglieder der Landtagsfraktionen,  
... die Geschäftsführer und Vertreter der Redaktionen und Pres-  
... sekommissionen der im Bezirk erscheinenden Parteiblätter, sowie  
... der Vorsitzende des Bezirksbildungsausschusses und des Bezirks-  
... jugendausschusses beratende Stimme.

Zu § 13 Absatz 3 soll hinzugefügt werden: „Das Mitglieds-  
... buch bleibt Eigentum der Partei.“

**Wismar.** Der Bezirksparteitag möge beschließen, den nächsten  
... Parteitag in Wismar abzuhalten.

Zu dem Entwurf des Organisationsstatuts: Die Orts-  
... gruppe Wismar beantragt, in den neuwählenden Bezirks-  
... vorstand durch einen Genossen vertreten zu sein.

§ 11 Absatz 1: Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen  
... aus den Delegierten der Ortsvereine und dem Bezirksvorstand.  
... Die größeren Ortsvereine wählen auf je 500 Mitglieder einen  
... Delegierten, die kleineren Ortsvereine werden zu Bezirken von  
... ungefähr derselben Mitgliederzahl zusammengesetzt, diese Be-  
... zirkte wählen dann einen Delegierten.

§ 11 Absatz 2: Sitz und Stimme zu streichen. Er heißt  
... dann folgendermaßen: Außer dem haben zu den Bezirkspartei-  
... tagen die Reichstagsabgeordneten sowie ein Fünftel der Land-  
... tagsfraktionen, die Geschäftsführer und Vertreter der Redak-  
... tionen und Pressekommmissionen der im Bezirk erscheinenden  
... Parteiblätter, sowie der Vorsitzende des Bezirksbildungsaus-  
... schusses und des Bezirksjugendausschusses beratende Stimme.

§ 15 erhält folgende Fassung: Zur Prüfung der Rasse des  
... Bezirksvorstandes wählt der Ortsverein, an dem der Partei-  
... vorstand seinen Sitz hat, zwei Revisoren, die mindestens ein-  
... mal im Quartal eine Revision vornehmen müssen.

**Mecklenburg-Schwerin.** Der Bezirksparteitag wolle bei den Regierungen der  
... Freistaaten Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz  
... dahin vorkommen, daß aus öffentlichen Gebäuden alle  
... Hohenzollern-Büsten und -Bilder, sowie Büsten und Bilder,  
... welche den Krieg verherrlichen, entfernt werden. Künstlerische  
... Bilder und Büsten sind einem Museum zu überweisen.

Der § 2 des Entwurfes eines Organisationsstatuts erhält  
... folgende Fassung: Die Aufgabe der Bezirks-Organisation be-  
... steht darin, das Parteiprogramm dem Buchstaben und Geiste  
... nach in den Ortsgruppen zur Erfüllung zu bringen, und die  
... Verbreitung der sozialdemokratischen Grundzüge durch Wort,  
... Schrift und Tat zu fördern.

**Wismar.** Der Parteitag möge beschließen, daß unsere Genossen  
... aus der Reaktion austreten.

**Sülze.** Der Parteitag möge beschließen: In Zukunft hat über alle  
... wichtigen Parteiangelegenheiten innerhalb des Bezirks, vor  
... allem über die Haltung der Fraktion zur Regierungsbildung,  
... eine Urabstimmung stattzufinden.

**Sülzow.** Der Parteitag möge beschließen, daß am 9. November  
... die Arbeit ruhen müsse, wenn auch der Landtag ihn als Festtag  
... nicht bestimmt.

**Hagenow.** Der Bezirksparteitag wolle beschließen, daß die Land-  
... tagsfraktion beauftragt wird, im Landtage folgenden Antrag  
... einzubringen: „Der Landtag wolle beschließen, daß die Amts-  
... vertreter, Stadtverordneten und Gemeindevorsteher für die  
... Neuierungen, die sie in den Sitzungen machen, nicht zur Ver-  
... antwortung gezogen werden können.“

**Sülze.** Der Parteitag möge beschließen, daß der 9. November  
... durch Arbeitsruhe gefeiert wird.

Der Parteitag möge dahin wirken, daß den Ortsvereinen  
... mindestens alljährlich ein gedruckter Bericht über die Arbeiten  
... im Landtage zugeht, nach dem Muster wie bei den  
... Landtagswahlen am 13. März.

**Neubrandenburg.** Den nächsten Parteitag in Neubrandenburg  
... stattfinden zu lassen.

**Partentin.** Der Parteitag möge dahin wirken, daß in nächster  
... Zeit eine Einigung mit der USP. zustande kommt.

**Schwerin.** In Anbetracht der hohen und unmittelbar praktischen  
... Bedeutung, die das Agrarproblem seit der Revolution für die  
... breite Masse der Lohnarbeitenden Volksschichten erreicht, und  
... in Rücksicht auf das direkte Lebensinteresse, das diese Volksschichten  
... daran haben, daß die Lösung der Agrarfragen und was damit  
... gleichbedeutend: die Lebensmittelversorgung im  
... sozialistischen, der Allgemeinheit dienenden Sinne angestrebt  
... und durchgeführt wird, beschließt der Parteitag die Einsetzung  
... einer ständigen Agrarkommission.

Aufgabe dieser Kommission soll sein, die Agrarfragen ge-  
... meinsam mit einem von der Landtagsfraktion zu wählenden  
... Ausschuss zu studieren und praktische Vorschläge für die Lösung  
... des Agrarproblems im Sinne des Programms der SPD. aus-  
... zuarbeiten.

**Slavenhagen.** Der Bezirksparteitag möge dafür wirken, daß zur  
... Lösung der Wohnungsnot eine Wohnungsteuer (Zimmersteuer)  
... eingeführt wird, aus dessen Betrag neue Wohnungen zu be-  
... schaffen sind.

**Malsin.** Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird ersucht,  
... mit allen Mitteln die schleunigste Durchführung der Schul-  
... reform zu erstreben.

**Bühow.** Es ist mehr Agitation wie bisher auf den Dörfern von  
... Bezirksverein aus zu betreiben.

Der 9. November ist von der Arbeiterschaft als Festtag zu  
... begehen und zu feiern.

Der nächste Parteitag findet in Bühow statt.

**Miln.** Der Parteitag hält eine Änderung des § 45 der Land-  
... gemeindeordnung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin für  
... notwendig und bittet die Landtagsfraktion die diesbezüglichen  
... erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Der § 45 enthält die Bestimmung, daß die Größe der  
... Einkommenskompetenzen nach den örtlichen Verhältnissen  
... zu bemessen ist. In vielen Gemeinden sind bisher 100 Quadrat-  
... ruten üblich gewesen. Nach Auslegung dieses Absatzes des  
... § 45 durch das Ministerium des Innern besteht keine Möglich-  
... keit, in den Gemeinden mit reaktionären Mehrheiten diese der-  
... heutigen Verhältnisse nicht entsprechende Einkommensgröße  
... auf angemessene Höhe hinaufzusetzen, trotzdem wirklich Gemein-  
... deland vorhanden ist! Änderung der Worte im § 45: „orts-  
... lichen Verhältnissen“ in etwa: „jeweiligen wirtschaftlichen  
... Verhältnissen und der Größe der zur Befriedigung stehenden Ge-  
... meindebedürfnisse“ oder eine Festsetzung der Mindestgröße und  
... der Grenze nach oben dürfte sich empfehlen.

**Slate.** Der Parteitag wolle beschließen:

§ 11 Absatz 1 des Organisationsstatuts erhält folgende  
... Fassung: Die Ortsvereine bis 500 Mitglieder wählen einen  
... Delegierten. Auf je weitere 250 Mitglieder einen weiteren  
... Delegierten.

Der letzte Absatz des § 11 wird wie folgt geändert: Zu den  
... Kosten der Delegation wird von der Bezirkskasse ein Zuschuß  
... gewährt.

§ 16 erhält folgende Fassung: Zur Prüfung der Bezirks-  
... kasse wählt der Ortsverein des Sitzes des Bezirksverbandes  
... zwei Revisoren bestimmt. Änderungen können vom Bezirks-  
... parteitag vorgenommen werden.

**Steinberg-Wibsch.** Beantrage, den ersten und dritten Absatz  
... des § 17 zu streichen und dafür zu setzen:

Für jedes Parteiblatt ist von dem Ortsverein des Er-  
...cheinungsortes eine Pressekommision zu wählen. Sie ist gleich-  
... zeitig Aufsicht- und Beschwerdekommision über Geschäftsleitung  
... und Redaktion.

**Neustadt.** Der Parteitag wolle beschließen, bei allen maßgeben-  
... den Regierungen und Behörden dahin vorstellig zu werden, daß  
... den Preistreibern auf den Gebieten aller Lebensbedürfnisse  
... Einhalt geboten wird.

Der Parteitag wolle beschließen, den nächsten Parteitag in  
... Neustadt abzuhalten.

**Sülz.** Der Bezirksparteitag wolle beschließen, der 11. Mai  
... sowie der 9. November sind als gesetzliche Feiertage einzusetzen.

Um das Interesse in den Kreisen aller Volksschichten erneut  
... für unsere Partei zu wecken und die Agitation für Gewinnung  
... neuer Parteimitglieder den Ortsvereinen zu erleichtern, beauf-  
... tragt der Bezirksparteitag den Bezirksvorstand, von Zeit zu  
... Zeit führende Parteigenossen zu einem Vortragsturne nach  
... den schwärzesten Ortschaften, wozu auch wir gehören, zu ent-  
... senden.

**Wolkathsrufe.** Der Parteitag möge beschließen, ein Abzeichen  
... für die Genossen in Vorschlag zu bringen, da wir als größte  
... republikanische Partei Deutschlands durch Tragen eines Ab-  
... zeichens als Freunde der Republik und Schützer ihrer Farben  
... zu betonen wollen.

# Sozialdemokratischer Parteitag.

P. G. R. I. K., 20. September 1921.

Dienstag-Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Weis eröffnet um 9 Uhr die Verhandlung des  
... Parteitagges wieder.

## Die Debatte über den Vorstandsbericht

wird fortgesetzt.

**Ruben-Strauszweig:** Aus Jahnweihen, Regiments-  
... appellen und Heimatsfesten haben wir gesehen, daß sich etwas  
... planmäßig vorbereitet. Es droht ein Bürgerkrieg. Wir wollen  
... ihn verhindern und haben dazu die Kraft. Die rein-sozialistische  
... Regierung in Braunschweig hat auch aus der Schutzpolizei alle  
... Stahlhelm-Jünger entfernt, die provozierende Hege-Versammlung  
... verboten und dadurch kommunistische Unruhen verhindert. Aber  
... auf unsere Forderung nach einem allgemeinen Verbot des Stahl-  
... helms hat mir Lewald erklärt: Der Stahlhelm verfolgt keines  
... Wissens lediglich kulturelle Zwecke. Wir haben in Mitteldeutsch-  
... land ganz bewußt republikanische Zellen gebildet, alles als Gegen-  
... gewicht gegen die „Ordnungszellen“. Wir haben mit den Unab-  
... hängigen gute Erfahrungen gemacht. Wir müssen durch praktische  
... Arbeit den Unabhängigen den Boden der Zerpfitterung unter den  
... Füßen wegziehen. Die Resolution des Parteivorstandes muß auch  
... vor allen Dingen eine Regierungsbildung mit der USP. er-  
... leichtern.

**Hermann Müller (Partei-Vorstand):** Ich bitte zunächst,  
... den Antrag abzulehnen, der die Führung von Anwesenheitslisten  
... über die Abgeordneten fordert. Solche Listen geben über die  
... Motive der Abwesenheit keine Auskunft. Das Kernproblem  
... unserer Debatte nicht nur gegenüber der deutschen Öffentlichkeit,  
... sondern auch gegenüber dem Ausland ist die Frage der Re-  
... gierungscoalition. Es handelt sich dabei um die Stabili-  
... tierung der republikanischen Einrichtungen und die Fernhaltung  
... jeder politischen und ökonomischen Erschütterung von Deutschland.  
... Ich sehe noch heute auf dem Standpunkt, daß meine Äußerungen  
... vom Jahre 1920 gegen die Deutsche Volkspartei in der Münzberger  
... Rede richtig war. Wir waten damals nach den Wahlen aus der  
... Reichsregierung ausgegliedert, und das ist aus gut bekommen.  
... Wir haben mit dem Schlagwort der Zwangsregierung für alle Zeiten  
... angehängelt. Aber auch solche goldene Worte dürfen nicht fano-  
... sifiziert werden und haben keinen Ewigkeitswert. Die Politik ist  
... keine Wissenschaft, sondern eine Kunst. Aber solche Reden zu  
... halten wie Gewisse Kiege-Jena ist keine Kunst. (Heiterkeit.)  
... Solche Reden habe ich früher auch gehalten. (Große Heiterkeit.)  
... Als ich damals noch Götlich war, war ich 22 Jahre alt und an die

Zeit hat mich Riech erinnert. Aber damals standen wir gegenüber  
... dem Obrigkeitsstaat. Der Republik gegenüber haben wir ganz  
... andere Staatsgestaltung zu vertreten. (Sehr wahr!) Verbrannt  
... doch endlich die Manuskripte, die Ihr für die Volksversammlungs-  
... reden vor der Republik angefertigt habt. (Sehr gut! Heiter-  
... keit.) Ueber die Erfolge der Thüringer Genossen haben wir uns  
... allgemein gefreut. Aber nun müssen die Thüringer Genossen mit  
... ihren Söhnen auch etwas anfangen, und nach kann niemand sagen,  
... ob die Unabhängigen vernünftig sein werden. Niemand im Par-  
... teivorstand, im Parteiausschuss und in der Kontrollkommission  
... will unter allen Umständen mit der Deutschen Volkspartei in die  
... Regierung. (Sehr wahr!) In Thüringen fehlen dafür meines  
... Wissens alle Voraussetzungen. Es handelt sich nicht um den  
... Namen einer Partei, sondern um die Schaffung eines Regierungs-  
... programms, mit dem die Republik erhalten und geschützt sein soll.  
... (Zuruf: Nicht um die Schaffung, sondern um die Durchführung!)  
... Die Durchführung macht natürlich große Schwierigkeiten, schon  
... wegen des Regierungspersonals. Aber bequem hat es sich noch  
... kein Genosse auf dem Ministerstuhl gemacht. Die Deutsche Volkspartei  
... ist nichts Einheitsliches. Der aufmerksame Beobachter und  
... ehrliche Politiker muß einige Zeichen der Veränderung und  
... Besserung anerkennen. So hat Frau von Oheimb sich längst offen  
... zur Republik bekannt. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer,  
... aber man darf sich doch über sie freuen. Sinnlos habe ich nie für  
... einen Politiker gehalten, und ich habe es außerordentlich be-  
... dauert, als er von der Regierung Fehrenbach in Spa losgelassen  
... wurde. Ich würde mich auf das entschiedenste wehren, wenn er  
... wieder außenpolitisch verwendet werden würde. In Verhandlungen  
... über Arbeiter- und Lohnfragen soll Stinnes lange nicht der  
... Schlimmste sein, und wenn gesagt wird, man könne mit der In-  
... dustrie-Partei keine Arbeiterpolitik treiben, so erkläre ich: Es  
... kommt eben darauf an, welche Macht die Partei und die Gewerk-  
... schaften in die Lageliste werfen. Die Deutsche Volkspartei hat  
... sich für die Erfüllung des Ultimatums ausgesprochen und ihre  
... Mitglieder haben sich schon vorher dafür eingesetzt. — Aber die  
... Umbildung der Reichsregierung hängt ja doch von der Verständig-  
... ung über ein Steuerprogramm ab, und in der Beziehung  
... sehe ich die Zukunft recht schwarz. Ein Rechner hat geglaubt, die  
... Deutsche Volkspartei würde die Gunst der Wähler in der Industrie  
... verlieren, wenn sie republikanische Politik treibe. Aber ist das  
... unsere Sorge? (Sehr gut!) Auch die Großkapitalisten sind in  
... ihrer Auffassung nicht einheitlich. Alle Einigungen sind entschlossen  
... gegen patriotische und militärische Abenteuer, weil Deutschland  
... die Erhaltung nicht mehr vertragen würde. (Sehr wahr!) Die

## Anträge zum Bezirksparteitag in Südb.

**Rübel.** Der Bezirksparteitag wolle beschließen, als besonderen  
... Tagesordnungspunkt „Unsere Arbeiter-Jugend“ zu setzen.

Zu § 17 Abs. 2 wird folgende Fassung beantragt: Die  
... Pressekommision besteht aus 5 Personen, außerdem gehört ein  
... Mitglied des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins  
... mit Sitz und Stimme, der Vorsitzende des örtlichen Vereins  
... mit beratender Stimme der Pressekommision an.

**Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugendvereine im Bezirk Mecklen-  
... burg-Südb.** Auf die Tagesordnung zu setzen: Die Arbeiter-  
... Jugend im Bezirk.

Der Bezirksparteitag möge beschließen, an den Bezirks-  
... vorstand der Arbeiter-Jugendvereine vierteljährlich ab  
... 1. Oktober 1921 einen Zuschuß von 1500 Mk. zu geben.

**Kratow.** Der Bezirksparteitag wolle folgende Abänderung des  
... Entwurfes eines Organisationsstatuts beschließen: Zu § 10  
... ist im ersten Satz hinter „Parteiblätter“ einzufügen: „sowie  
... durch Mundpropaganda an die einzelnen Ortsvereine“. Im Ab-  
... satz 3 des § 10 werden die Worte „der Mitglieder des Be-  
... zirks“ ersetzt durch „der im Bezirk bestehenden Ortsvereine“.

An Stelle des zu streichenden 2. und 3. Satzes des § 11  
... Absatz 1 tritt ein: Die Ortsvereine bis zu 250 Mitglieder  
... wählen einen Delegierten, auf jede angefangenen weiteren  
... 500 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

In § 14 ist vor „Mitgliedsbeiträge“ einzufügen: „den  
... nach § 13 Absatz 1 festgelegten“.

In § 17 Absatz 3 wird das Wort „am“ ersetzt durch „mit  
... auf Antrag“.

**Kratow.** Dem § 16 des Statuts ist folgende Fassung zu geben:  
... Die Beschlüsse des Bezirksparteitages werden mit einfacher  
... Stimmenmehrheit gefasst, jedoch auf Antrag von mindestens  
... 15 Delegierten entscheidet die Mehrheit der von den Dele-  
... gierten vertretenen Mitgliederzahl.

§ 17 Abs. 4. Die Redaktionen, sowie die Geschäftsführer  
... haben das Recht, an den Sitzungen der Pressekommisionen mit be-  
... ratender Stimme teilzunehmen.

**Schwerin.** Zum Organisationsstatut wird beantragt: Zu § 9  
... des § 9 Absatz 1 ist zu streichen: „Unter ihnen soll sich möglichst  
... eine Frau befinden.“

Zu § 9. Unter Absatz 1: Außerdem kann je ein Redakteur  
... aus dem im Bezirk erscheinenden Parteiblatte mit beratender  
... Stimme an den Sitzungen des Bezirksvorstandes teil-  
... nehmen.

alle ans, was sie denken. Das haben sie mit den Unabhängigen gemein. (Beifall.) Die USP hat uns geradezu animiert in die preussische Regierung einzutreten. Wie könnte sie uns dann also dieses in der Agitation antreiben. Der Kasseler Beschluß bezog sich lediglich auf die Reichspolitik. Das zeigen schon die Hansestädte und gerade die Senate, in denen die Deutsche Volkspartei schon sitzt, haben den Generalkaatsanwalt Schön mit hinausgeworfen. Es handelt sich also immer um die Haltung der Republikaner, wieweit sie ihren Willen durchsetzen. Die republikanische Reichspolitik wird aber von den Ländern sabotiert. Die Regierung Dominicus und Stegerwald fällt dem Reich in den Rücken. Wir müssen unbedingt Einfluß auf die Länder bekommen. Anders geht es nicht. Wir fordern auch die Republikanisierung der Reichswehr. Sollen wir ruhig die Polizei monarchistischer lassen? Das ist keine Politik? (Sehr gut!) Zur künftigen Wehr müssen wir uns bereit erklären zur Zusammenarbeit mit jeder Partei, die die republikanische Staatsform mit allen Mitteln unterstützen wird. Außerstenfalls würde sie auf die Arbeiterklasse allein verwiesen sein. Aber das nur unter schwersten Umständen. Die riesigen Kundgebungen vom 31. August lassen sich nicht alle acht Tage wiederholen. Ihre bewundernswerte Größe und Disziplin muß umgekehrt werden in politische Macht, um die Reaktionen an die Wand zu drücken. Nehmen Sie alle Änderungsanträge an und machen Sie dem deutschen Volkstariat die Arme frei, damit es den Reaktionen das Handwerk legen kann. (Lebh. Beifall.)

**Bauer:** Wir müssen in die preussische Regierung wieder hinein. Den Reaktionen dürfen wir nicht noch Kauttionen zahlen.

**Edward Bernstein:** Vor wichtigen Entscheidungen soll man sich die Alternativen vor Augen halten: Nehmen wir den Antrag des Parteivorstandes an, dann kommen wir wahrscheinlich zu keiner Veränderung in der preussischen Regierung und scheiden auch aus der Reichsregierung aus. Die Folgen wären für die Republik katastrophal. Denn dann stände die ganze Arbeiterschaft feindlich zur Regierung in der Republik. Wie sich dann die höhere Beamtenschaft zu der Arbeiterbewegung stellen würde, wissen wir noch aus der wilhelminischen Zeit. Katastrophal wäre die Folge aber auch für die äußere Politik, für die Stellung der deutschen Republik in der großen Republik der Völker. Wenn die Sozialdemokratie aus der Regierung ausscheidet, sinkt das Vertrauen zu Deutschland bei denen, die uns freundlich sind. Denn die Sozialdemokratie ist die Partei der Republik. Das wissen im Ausland auch diejenigen, die früher ein Vorurteil gegen uns hatten. Wir dürfen die Republik nicht nur im äußersten Notfall schützen, sondern müssen ihr auch die Mittel zum Leben geben. (Sehr gut!) Es wird ein Opfer, wenn wir in die Regierung hineingehen. Aber das gerade ist die Größe, daß wir für die Republik Opfer bringen. Wenn wir nicht die Republik erhalten, was bleibt dann übrig? Eine starke bürgerliche Regierungspartei ist ja nicht vorhanden. Die Demokraten schmelzen an Zahl und innerem Bewußtsein immer mehr zusammen. Wir haben keine Wahl, wenn wir eine starke Regierung der Republik haben wollen, müssen wir die Arme frei haben und unter bestimmten Bedingungen der Deutschen Volkspartei sagen können: Kommt herein! Natürlich wird es Streitigkeiten und Uneinigigkeiten geben. Die wären nur zu mildern, wenn die USP das tun wollte, wofür ihre einstigen Mitglieder eintraten, nämlich die Politik der Unversöhnlichkeit aufgeben. (Lebhafte Beifall.)

**Pietzsch-Breslau:** Wenn eine Erweiterung nach rechts nun einmal kommen soll, dann müssen wir durch schärfere Bedingungen die Stellung unserer Partei möglichst zu stärken suchen. Die Entscheidung des Parteivorstandes ist nicht klar und bestimmt genug gefaßt. Die Hand zu einer Verständigung bieten unsere Änderungsanträge. Ohne die Schritte auf Erzberger sähe der Kompromiß vielleicht schon in Oels, wo die Wohnung für ihn schon hergerichtet ist. (Hört, hört!)

**Frau Juchacz:** Wir müssen die wirtschaftlichen und psychologischen Ursachen des Rückganges der Zahl der weiblichen Parteimitglieder zu ergründen suchen. Unserer sozialistischen und republikanischen Gesinnung aber müssen wir in dieser kritischen Zeit überall Ausdruck geben und zeigen, wieviel Anhänger der demokratischen und sozialistischen Gedanke in Deutschland schon gefunden hat.

**Görlinger-Köln:** Das Zentrum ist nicht der Deutschen Volkspartei gleichzustellen. Es muß auf seine christlichen Gewerkschaften Rücksicht nehmen, die jetzt oft schneller vorwärts treiben, als unsere Genossen. Wenn wir die Koalition im Reich nach rechts erweitern, werden die Unabhängigen in schärfste Opposition treten und bei geschickter Taktik mehr Anhänger gewinnen, als wir. (Widerpruch.) Wenn es wegen der Steuerfragen zu einer Reichstagsauflösung kommt, so sind unsere Aussichten, belastet mit dem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ziemlich schlecht.

**Helene Grünberg-Nürnberg:** Wir müssen zu einem einheitlichen Beschluß kommen, der die Partei vorwärts bringen kann. Der gesunde Sinn der Arbeiter lehnt die reine Phrasologie ab.

**Losewitz-Chemnitz:** Wir sind keine besondere Richtung, sondern treiben nur grundsätzliche sozialistische Politik. Auch wir wollen, daß der Antrag des Parteivorstandes durch eine schärfere Fassung klarer und für alle annehmbar gemacht wird.

**Soltemann-Schwerin:** Der Schutz der Republik, zu dem hier aufgerufen wird, führt in die Regierungen des Reiches und der Länder und in die Magistrate der Städte. Wenn wir in Mecklenburg nach dem Rezept der Unabhängigen gehandelt hätten, so hätten wir die Regierung der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen allein überlassen. Alle Genossen in den anderen deutschen Ländern würden in der gleichen Lage unserem Beispiele folgen.

**Schiller-Göttingen:** Wir stehen vor der Formulierung klarer Befehlsanträge. Das eine fragt, wie können wir mit den Klassenpartnern von links wieder zusammenkommen? Das andere fragt die Basis für das Zusammengehen mit der arbeitserfreundlichen Deutschen Volkspartei. Was trennt uns nach der grundsätzlichen Aufgabe der Forderung der Diktatur noch von der USP? In der Frage der Koalitionen können wir den Unabhängigen die Konzession machen, daß die alten Nationalliberalen für uns nicht koalitionsfähig sind, weil sie ihre reaktionäre Gesinnung noch jetzt wiederholt betonen, und weil eine Koalition die Kraft der Massen schwächen würde.

**Adolf Köster:** Aus den Worten der Vertreter der ausländischen Bruderparteien klang die Besorgnis um die deutsche Politik, die für die ganze europäische Demokratie und den Fortschritt der ganzen deutschen Arbeiterklasse von großer Bedeutung ist. Außenpolitisch gesehen, würden unsere siegreichen Gegner eine Regierung mit stark pazifistischer Sozialdemokratie, andererseits eine Zusammenschaltung der wirtschaftlichen entscheidenden Kräfte und eine Stabilisierung gerne sehen. Dadurch wird die Regierung voll verhandlungsfähig. Außenpolitische Gründe empfehlen also die Regierung auf möglichst breiter Basis. Wir haben nur die Wahl zwischen dem größten und einem nicht ganz so großen Uebel. (Sehr richtig!) Parteivorstand und Parteiauschuß, die einstimmig zu dieser Resolution kamen, haben viele hier nicht ausführbare politische Details beraten. Wollen wir der Deutschen Volkspartei weiter erlauben, Agitation im Lande ohne die fürchtbare Last der Verantwortung zu treiben? Wir müssen in dieser merkwürdig zusammengesetzten Partei die gesunden Kräfte für positive Arbeit mobilisieren und die negativen Kräfte bündeln. Köpfe, die sich uns klipp und klar angeboten haben, zurückzuweisen, schädigt auf die Dauer nicht nur die Republik, sondern auch uns selbst. Wir müssen möglichst dazu beitragen, Deutschlands Parteiverhältnisse aus dem parlamentarischen Stand der Zerstückelung zur Gesundung zu bringen. Um die große geistige Auseinandersetzung mit dem Zentrum kommen wir nicht herum. Die Koalition

ist ein Problem rein parlamentarischer Zweckmäßigkeit und Technik. Wir dürfen uns nicht durch Agitationsphrasen zu dem Glauben verleiten lassen, daß unsere politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfe mit den Kreisen der Deutschen Volkspartei auch nur einen Augenblick ruhen werden, weil wir mit ihr in dem entgegen gesetzten Gegensatz an einem Tische sitzen. Dahinter steht die hohe staatspolitische Frage wie wir die große verwirrete Masse, die die politische Wirklichkeit des verlorenen Krieges nicht sehen will, zum Staatsbewußtsein und zur nützlichen Einsicht in die Wirklichkeit unseres politischen Lebens erziehen.

**Otto Braun:** Es handelt sich für uns um die Umstellung aus einer vornehmlich agitatorischen zu einer Regierungspartei. Das fällt natürlich manchem, der gewohnt war, freilich zu reden, schwer. Aber es ist notwendig, denn wir, die wir durch die Praxis längst zur Regierungspartei geworden sind, müssen unsere Machtposition nun auch sichern und im Interesse der Arbeiterklasse ausbauen. Bei dieser wichtigen Entscheidung können wir uns den Partner nicht ausschließen, sondern er muß uns durch das Wahlergebnis präsentiert werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir hier wieder für ein Jahr eine feste Bindung ausstellen für die Regierungsbildung im Reich und in den Ländern. Es können im Laufe des Jahres Situationen kommen, die wir gar nicht vorzusehen konnten. Die Demokratisierung der Verwaltung ist nicht möglich durch die Entlassung alter und Einstellung neuer Beamter. Dafür fehlt es an Kräften. Es kommt darauf an, die vorhandenen Beamten so umzugestalten, daß sie der Republik genau so dienen, wie früher der Monarchie. Die Umstellung kann nicht von heute auf morgen erfolgen, aber wir können verlangen, daß ein Beamter, der den Eid auf die Republik geleistet hat, diesem Eide gemäß der Republik dient. Wie früher der sozialdemokratische Beamte der Monarchie gegenüber seine Pflicht tat. Die reine Opposition ist gar nichts. Fallen wir doch nicht auf die deutschnationalen Kräfte herein. Die Deutschnationalen haben ja schon Angst vor der Forderung. Die Furcht, daß die Massen von den Unabhängigen gehen würden, ist völlig unbegründet. Die Verfallerscheinungen bei der USP, sind eine Folge der Finanzpolitik dieser Partei. Das Volk will positive Erfolge, keine radikalen Phrasen. (Beifall.)

**Brandt-Ratowitz:** Für uns Oberschlesier handelt es sich vor allem darum, die Gefahr abzuwenden, daß Oberschlesien von der deutschen Kulturgemeinschaft losgelöst und in seiner Entwicklung um 100 Jahre zurückgeschleudert wird. Unter allen Umständen muß dieses Unglück von der ober-schlesischen Arbeiterschaft ferngehalten werden. (Beifall.) Wäre das Londoner Ultimatum nicht unterzeichnet, so wäre das Schicksal Oberschlesiens längst besiegelt. Der Politik unserer Partei haben sie es zu danken, daß die Pläne der polnischen Imperialisten zu Schanden wurden. Der Parteitag muß dafür sorgen, daß die Partei auch in Wirtschaftssachen vorwärtsgerichtet wird.

**Seyering:** Was hier über die Regierungsbildung gesagt wurde, habe ich schon vor Monaten gesagt. Wir müssen alles anwenden, die Instrumente zum Schutze der Republik in unsere Hand zu bekommen. Unsere Politik darf sich niemals nach Nachbarschaften richten. Wer sind Beelzebub und Lucifer? (Zuruf: Stinnes!) Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Stinnes und Thyssen? Stinnes ist der evangelische Mann und Thyssen der Zentrumskatholik. Der Klassenkampf richtet sich nicht gegen den Evangelischen oder Katholiken, sondern gegen den Unternehmer. (Sehr richtig!) Wir müssen die Republik mit Männern durchsetzen, die auch in der Stunde der Gefahr zur Republik stehen. Da wir nun allein die Macht nicht haben, suchen wir uns Bundesgenossen, die uns zwar nicht weit genug geben, die aber das kleinere Uebel sind. Darum keine Fesseln und keine politische Abhängigkeit. Wir wollen leben, wollen arbeiten und wollen siegen. (Lebh. Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

### Das Schlußwort

**Erhardt Franz Krüger:** Redner legt zunächst die Stellung des Parteivorstandes zu den einzelnen eingebrachten Anträgen klar. Er empfiehlt die Annahme besonders der Anträge, welche die Parteigenossen auffordern, die Farben der Republik zu schützen, welche dem Georgischen Volke im Kampf für sein Selbstbestimmungsrecht die Sympathien ausdrücken, die für die Erweiterung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August dahin eintreten, daß die sogenannten Arbeitsgemeinschaften in Schlesien rückwärtslos beseitigt werden. Auch die Anträge, die den Parteigenossen erneut das Verbot einschärfen, parteiliche Fragen in der bürgerlichen Presse zu erörtern, werden zur Annahme empfohlen. In der Einigungsfrage hat Kieß-Jena die Wärme gegenüber den Unabhängigen vermisst. Aber auch niemand kann gezwungen werden, die zweifelhafte und zweideutige Politik der Unabhängigen als eine Art Ideal hinzustellen. Gegenüber Marzwards Mahnung vor der Unzuverlässigkeit der USP, ist mindestens ebenso wunderbar die Vertrauensseligkeit der Frankfurter gegenüber den Kommunisten. Man braucht nicht den Kommunisten Gelegenheit zu geben, ihre Agitation vor Massen zu tragen, die sie aus eigener Kraft nicht zusammenbekommen. Unsere Entscheidung soll nicht lauten, daß wir nun unter allen Umständen mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen. Das soll der sachlichen Prüfung im Einzelfalle überlassen bleiben. Auch die USP ist nicht unzerstörlich und deshalb wollen wir uns alle Möglichkeiten offenhalten und uns taktische Bewegungsfreiheit sichern. Solange die USP, die vom Mai gelegentlich der preussischen Regierungsbildung bleibt, ist sie für mich hündnisunfähig. Mit der Pflicht einer Koalitionspartei in der Republik ist es unvereinbar, daß sie republikanisch regiert und monarchistisch agitiert. Man fragt, wo bleibt der Schutz der Republik mit der USP? Aber wo bleibt der Schutz der Republik ohne die Sozialdemokratie? (Sehr gut!) Wir sind einverstanden mit der Abänderung, daß die von uns in der Entscheidung als „Grundforderungen“ bezeichneten Bedingungen nach dem Antrage Paul Baders ausdrücklich als „Mindestforderungen“ festgelegt werden, die unbedingt erfüllt werden müssen. Im übrigen aber bitten wir, alle anderen Anträge abzulehnen. Unsere Haltung bedeutet keine Ablehnung der bisherigen Politik. Wir wollen verhüten, daß die Macht in der Republik wieder in die Hände der reaktionären Parteien übergeht. Wir sind sicher, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes für eine solche Politik Verständnis haben wird. (Beifall.)

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung:

### Bericht der Reichstagsfraktion.

**Berichterstatter Gustav Hoch:** Die Fraktion hat fleißig gearbeitet, aber mit geringem Erfolg und unter fast unerträglich schweren Verhältnissen. Die Teuerung geht weiter und weiter, ihr Grund ist der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft durch den Krieg und nach dem Kriege. Das Geld ist kein Geld mehr, sondern nur der Schein eines vollkommen verschuldeten Wirtschaftskörpers, der ständig an Wert verliert. Höhere Zölle, neue Steuern werden doppelt und dreifach auf die Warenpreise abgewälzt. Hermann Müller hat gesagt, wir seien in den nächsten Jahren auf Koalitionspolitik angewiesen; ich sage Ihnen, diese Politik kann schon in wenigen Monaten unerträglich sein. Stellen Sie sich den Winter vor mit der fürchtbaren Teuerung und der Arbeitslosigkeit von Millionen. Das wird überaus schnell und unerträglich werden. Dann stehen wir vor einem fürchtbaren Existenzkampf der Revolution; denn das schlimmste ist, daß die Ausbeutung und Auswucherung unseres Volkes so groß und gewaltig ist, wie nie. Wir stehen vor unausschießbaren Entscheidungen. Werden sie rasch nach dem Rezept der Koalition geholt, so steigt aufs höchste die Not und auch die Wut des arbeitenden Volkes. (Zuruf Franz-Chemnitz: Die Wut auch gegen uns.) Das Finanzministerium des Dr. Wirth hat sich mit Händen und Füßen gegen die Beteiligung des Reiches an dem Gewinn des Großkapitals gestraubi. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Gedanke Robert Schmidts unabweisbar ist. Nun will die Industrie die Gelder für die Zahlung der Dividenden in nächster Zeit aufbringen, wahrscheinlich, um unser Ziel zu erreichen. In der

Sozialierungsfrage fehlt jeder Fortschritt, auch unter Gradnauer ist das Sozialierungsgesetz für die Kommunen nicht herausgekommen. Wir dürfen uns von den geschäftsgewandten Herren der Industrie nicht hineinlegen lassen; selbst wenn diese Kredite zustande kommen, haben wir wieder nur neue Schulden, keine neuen Einnahmen. Das Reich muß sich durch Eingriff in die Schwerte einen unablässigen Anteil des Großkapitals sichern. Auf diesem Wege werden wir auch die Sozialierung endlich vorwärts treiben. Auch der Skandal der Devisenpekulation darf nicht weitergehen. Unter diesen Umständen ist die Fraktion lediglich in der Regierung geblieben, um die unabsehbaren Folgen einer Ablehnung des Ultimatums zu verhüten und dem Zustand der wirtschaftlichen Erfüllungswilligen zu zeigen. Mit der neuen Formel für die Koalitionspolitik sind wir sachlich keinen einzigen Schritt weiter gekommen. Gerade die Anhänger der Vorstandsresolution sind sich absolet einig, daß mit ihr nicht im mindesten entschledet worden ist, wieweit sie praktisch weiter vorzugehen haben. Wenn es denkbar wäre, daß die Deutsche Volkspartei selbst den Akt abläßt, auf dem sie steht, würde ich an die Möglichkeit einer Koalition mit ihr glauben, aber in den nächsten Wochen muß es sich ja entscheiden; denn im Reichstag muß uns die Regierung ihre ganzen Steuerprobleme vorlegen. Wie zwingen wir dann die bürgerlichen Parteien auf unserer Bahn vorwärts? Die Reichstagsauflösung wäre zu empfehlen, wenn wir aus dieser Wahl mit einer ganz anderen Kraft zurückkehrten. Mit den bisherigen kleinen Mitteln können wir nach meiner Ueberzeugung nicht durch den nächsten Winter. Die äußere Blüte des Wirtschaftslebens kann nicht den inneren Zusammenbruch vorbeugen; denn wenn die Wirtschaft die Lebensbedingungen der großen Masse nicht mehr sichern kann, ist die Stunde des Zusammenbruchs da. Erfüllen Sie sich mit dem großen schrecklichen Ernst der Lage. Mögen die Arbeiter einig und zielbewußt vorwärts streben, hinaus aus dem Elend, vorwärts zu besseren Verhältnissen, zum Sozialismus. (Lebhafte Beifall.)

Georg Schmidt spricht über die

### Teuerungsverhältnisse

und legt dem Parteitag folgende Entscheidung vor: Entgegen den Warnungen der Sozialdemokratischen Partei wurde die öffentliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produkte bis auf Getreide aufgehoben. Für die Erfassung eines Lotes der Getreideernte ist das Umlagerverfahren eingeführt worden. Die Höhe der zu erfassenden Getreidemengen reicht nicht aus, um den Brotbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung sicherzustellen. Das Umlagerverfahren ist nur ein Uebergang zur völlig freien Wirtschaft beim Getreide. Der Preis des bewirtschafteten Getreides wurde bedeutend erhöht. Der Preis des freien Getreides ist dem Weltmarktpreis nahe gekommen und wird den Brotpreis erhöhend beeinflussen. Die weitere Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels ist neben der Geldentwertung mit die wesentlichste Ursache für die nun eingetretene allgemeine Verteuerung aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens. Dadurch wurde die Lebenshaltung der Arbeiter, Angeestellten, Beamten und Rentempfänger erheblich verschlechtert.

Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages hat alle Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion, zum Schutze des Reallohnes gesetzliche Maßnahmen zu treffen, abgelehnt. Ebenso die Anträge, die Mehrgewinne der Industrieunternehmer und der Landwirtschaft der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Der Verantwortung für die nun tatsächlich eingetretenen Folgen tragen die bürgerlichen Parteien.

Der Parteitag fordert die Regierung auf, alle Bestrebungen der breiten Masse des Volkes auf Erhöhung ihrer Einkommen tatkräftig zu unterstützen, um einen Ausgleich herbeizuführen, ferner den zugeflossenen Beträgen des Finanzkapitals, der Industrieunternehmer und der Landwirtschaft, in Zeiten der bitteren Not des Volkes sich mit ungeheuren Gewinnen zu bereichern, durch wirksame Maßnahmen entgegenzutreten und den Handel mit Getreide und anderen wichtigen Nahrungsmitteln nach dem Auslande, schon beim Erzeuger beginnend, zu unterbinden.

Der Referent begründet die Forderungen dieser Entschließung im einzelnen. Er richtet an die Parteipresse das Ersuchen, den Veröffentlichungen des Landbundes größere Aufmerksamkeit zu schenken und etwas mehr Selbstkritik zu üben an der Haltung der Parteiorgane gegenüber landwirtschaftlichen Dingen. Man sollte nicht immer nur von der wucherischen Landwirtschaft sprechen, denn es gibt auch einen Wucher in Eisen, Textilwaren und im Zwischenhandel. Wir müssen die Bauern gewinnen und den Einfluß des Landbundes zurückdrängen. Nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkte, daß die Führer des Landbundes die schärfsten Feinde der Republik sind. (Zustimmung.)

### Zur Steuerfrage.

liegt folgende Resolution des Referenten Reil vor:

Das deutsche Finanzelend ist herausgeschworen worden durch den Krieg und die leistungsfähige Kriegsfiananzpolitik. Es ist verschärft worden durch die dem deutschen Volke von der Entente gewaltig aufgelegten allen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwidlung höhnischsprechenden Verpflichtungen.

Dem Finanzelend kann nur erfolgreich gesteuert werden durch Verminderung des Notenumlaufs, Festigung des Marktwertes und Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt. Die bisherige Steuererhebung konnte diesem Ziel nicht näher kommen, weil sie den Wertverhältnissen, die die Geldentwertung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen herbeiführte, nicht Rechnung getragen, die Lohn- und Gehaltseinkommen und die Rentenerträge aus den entwerteten festverzinslichen Kapitalien überlastete, die großen Vermögen und Einkommen in Industrie, Handel und Landwirtschaft geschont und damit nicht nur die Kluft zwischen der Lebenshaltung der breiten Massen und der im Ueberfluß lebenden Oberschicht verbreitert, sondern auch zur Vermehrung der Kosten der öffentlichen Verwaltung, zur Steigerung der Papiergeldflut und zur Entwertung der Mark beigetragen hat. Sie hat die von dem Heer der Spekulanten und Wucherer zusammengekauften Vermögen nur zum kleinen Teil, die ins Ausland verbracht überhaup nicht zu erfassen vermocht.

Mit Steuermaßnahmen allein, auch mit den neuen Vorschlägen der Reichsregierung ist die Gesundung der Reichsfinanzen nicht herbeizuführen. Neben der Weiterbildung der Besteuerungsgebung, die den Wertverhältnissen Rechnung trägt, und insbesondere auf die Beschränkung des verschwenderischen Ueberschusses gerichtet sein muß, und ihrer scharfen Durchführung, müssen die Sachvermögen für die Beilegung der Finanznot in Anspruch genommen werden. Zur Beilegung von der zugeflossenen Devisenpekulation, zur Hebung des deutschen Auslandskredits, zur Stabilisierung der deutschen Währung und zur Balanzierung des Reichshaushalts, ist dem Reiche das gesetzliche Verfügungsrecht über einen ausreichenden Teil des privaten Sachvermögens und seinen Ertrag unter Schonung des Kleingewerblichen und des kleinbäuerlichen Besitzes einzuräumen.

Zur Erfüllung der Reparationsverpflichtung muß die Einfuhr aller nicht unbedingt notwendigen Verbrauchs- und Genutzartikel möglichst gemindert, die Ausfuhr durch Steigerung der Produktion und der Aufschließung des Auslandsmarktes gefördert, der Saldoertrag an den Ausfuhrartikeln vom Reiche erfaßt werden.

Die Vorschriften der Reichsabschreibung, die der wertschöpfenden Tätigkeit der Vermögens- und Einkommensdienenden

müssen weiter ausgebaut, alle Versuche, eine zuverlässige Veranlagung zu erschweren, zurückgewiesen werden.

Die Arbeiterschaft wird sich bereithalten, jeden Widerstand gegen die zur Behebung der deutschen Finanzen erforderlichen Maßnahmen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu überwinden.

### Gegenanträge zur Regierungskoalition

Zu der Entscheidung des Parteivorstandes über die Regierungsbildung hatte eine Anzahl Delegierter mehrere Verschärfungen beantragt. So soll nach einem dieser Anträge die Sozialdemokratie nur mit solchen Parteien im Reich und in der Regierung zusammenarbeiten dürfen, die sich verpflichten, jede monarchistische und antidemokratische Agitation zu unterlassen und eine Garantie für die Durchführung des Arbeitsprogramms zu geben, das mindestens folgende Grundforderungen enthält: „Anerkennung und Verteidigung der Republik, Sicherung und Ausbau des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde, Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Polizeiergane und Reichswehr, also Entlassung aller monarchistischen Offiziere bei Zusammentritt der neuen Regierung, Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Politik der Völkerverständigung, loyale Erfüllung des Friedensbittens in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitgehende Heranziehung des Volkseinkommens, vor allem durch unablässige Beteiligung des Reiches an Produktionsmitteln der Großbetriebe, der Industrie und des Handels, sowie an dem Großgrundbesitz.“

Genosse Marzwald stellte folgenden Antrag: „Der Parteitag beschließt den sofortigen Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung, falls nicht mindestens unverzüglich folgende Forderungen erfüllt werden: 1. Entlassung aller monarchistischen Offiziere aus der Reichswehr. 2. Unablässige Beteiligung des Reiches am Eigentum aller industriellen und kommerziellen Großbetriebe, sowie am landwirtschaftlichen Grundbesitz. 3. Bildung eines mit dem Reichskabinetts konformen Ministeriums in Preußen. Es sind sofort durch eine vom Parteivorstand eingesetzte Kommission ein neues Gerichtsverfassungsgesetz behufs Beseitigung der Klassenjustiz und ein Gesetz behufs Enteignung des beschlagnahmten Hohenzollernvermögens auszuarbeiten. Ueber diese Gesetze ist sofort das Volksbegehren in die Wege zu leiten.“

## Gewerkschaften.

### Das Ergebnis von Jena.

Die 13. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat gehalten, was man von ihr erwartet hat. In Jena wurde nicht nur der Wille zur Einigung von Sozialdemokraten wie von Unabhängigen betont, alle Beschlüsse des Verbandstages wurden von diesen Befreuten getragen und man kann heute nach Beendigung der Jenaer Tagungen sagen, daß die Mehrheit der Delegierten der Deutschen Metallarbeitergesellschaft der ganzen Arbeiterbewegung einen wichtigen Dienst geleistet hat.

Die Kämpfe um die Macht in der größten Gewerkschaft waren überaus heftig; hinter den Kulissen aber ganz besonders stark. Hüben und drüben gab es Leute, die kein Kompromiß wollten, die glaubten, nicht nachgeben zu können, sondern die volle Macht ausüben zu müssen. Aber glücklicherweise hat im Laufe der Tagungen eine weisse Mäßigung die Oberhand gewonnen und dem Metallarbeiterverband vor einer ersten Gefahr bewahrt. Das Ergebnis ist eine Erweiterung des Vorstandes und vor allem die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in ihm. Mancher wird mit diesem Ergebnis nicht zufrieden sein und glauben, daß unsere Parteigenossen auf Grund ihrer überragenden Stärke einen größeren Einfluß auf die Geschicke des Verbandes hätten erhalten müssen. Diese Meinung ist keineswegs falsch. Aber es waren politische Rücksichten zu nehmen. Rücksichten auf die Einigungsbereitschaften, die in der politischen Arbeiterbewegung vorhanden sind, und die durch eine Nachprobe unsere Genossen in Jena sehr ungünstig beeinflusst worden wären. Die Sozialdemokratie hat, wie überall, so auch in Jena gezeigt, daß sie bereit ist die schwersten Opfer zu bringen. Wenn es gilt die Einigkeit der Arbeiterschaft zu erhalten oder wieder herzustellen, allen Eingeweihten war es bekannt, daß wenn unsere Genossen nicht die bisherige unabhängige Verhandlungsmethode akzeptiert hätten, die U.S.P. sich überhaupt um keinen Poken im Hauptvorstand bemühen und alle Arbeit und Verantwortung unseren Genossen überlassen hätte. Es erhob sich nun die Frage, ob die S.P.D. wirklich die Macht besitzt, diesen Verband allein zu leiten und die vereinigte Opposition aus Unabhängigen und Kommunisten bestehend abzuwehren zu können. Diese Frage muß von jedem, auch von dem der zur Macht unserer Partei das stärkste Vertrauen hat, verneint werden. Unter einem rein sozialdemokratischen Verbandsvorstand wäre unsere führende Gewerkschaft keine Stunde zur Ruhe gekommen und statt des heiseren Aufstiegs hätten wir weitere Zertrümmerung und weitere Schwächung der Arbeiterbewegung erlebt. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, wird das Entgegenkommen unserer Parteigenossen in Jena von allen Freunden einer geschlossenen Gewerkschaftsbewegung freudig begrüßt werden.

Dieser Zusammenschluß der unabhängigen mit unseren Parteigenossen hat seinen Niederschlag gefunden in der gemeinsamen Resolution und Vorstandsbericht und in der Rejustifizierung der Vorstandspolitik gegenüber den Kommunisten. Entgegen dem Verbandsauschuß hat der Verbandstag den durch den Vorstand vollzogenen Ausschluß der Kommunisten, die an der Reichskonferenz der Metallarbeiter teilgenommen haben, aufgehoben. Damit ist auch in der größten und ehemals radikalsten Gewerkschaft endlich eine reize Scheidung zwischen Amsterdam und Moskau erfolgt. Wohl werden sich noch des bitteren Meinungsverschiedenheiten zwischen U.S.P. und S.P.D. ergeben. Aber praktisch ist im Metallarbeiterverband die Einigung vollzogen, man wird in allen großen Fragen geschlossen handeln, man wird mit vereinter Kraft den Kampf führen gegen die Unternehmer auf der einen und ihrer Moskauer Helfershelfer auf der anderen Seite. Dieses Resultat von Jena erfüllt uns mit der frohen Hoffnung, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem die beiden großen sozialistischen Arbeiterparteien auch auf politischem Gebiet ihre Wiedervereinigung der Welt verkünden können.

## Aus aller Welt.

**Zum Tode verurteilt.** Vom Schlichtergericht in Beuthen wurde der Blendenfelder Knecht Koppold aus Lubina wegen Mordes an dem Polizeiwachmeister und wegen versuchten Totschlages an zwei Polizeiwachmeistern zum Tode und zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

**Raubmord.** Aus Halle wird berichtet: Als der Sohn des Landwirts Hübner in Sömmern in Thüringen vom Felde heimkehrte, fand er seine Mutter ermordet auf. Von dem Mörder, dessen Spur vollkommen fehlt, sind 18 000 Mk. geraubt worden.

**Großfeuer.** Von einem gewaltigen Großfeuer wurde das auf dem Zudar auf Rüben gelegene Rittergut Grabow am Dienstag mittag heimgesucht. Sämtliche Gebäude, Scheunen, Stallungen, die gesamte Ernte, sämtliches Inventar, 60 Schweine, 15 Kälber und alles, was sich auf dem Hofe befand, wurde ein Raub der Flammen. Nur die Pferde und Kühe konnten in Sicherheit gebracht werden.

**Großer Postraub in Bayern.** Die Augsburgische Post meldet, wurde ein Postwagen geraubt. Dabei sind Reichsmark 5 898 000 und ferner Schatzwechsel im Werte von 25 000 Mk. von Unbekannten gestohlen. Der Postillon bemerkte von dem Raube nichts.

**Schiffbruch im Kanal.** Der Dampfer „Barn“ ist zwischen Boulogne und Wimereux mit dem Dampfer „Europa“ zusammengestoßen und gesunken. Da die „Barn“ an der „Europa“ hängen blieb, konnten alle Schiffbrüchigen aufgenommen werden.

**70 Bergleute verschüttet.** Aus Brisbane wird gemeldet: Durch eine Gasexplosion in dem Bergwerk von Mount Boulgon bei Borneo in Nord-Queensland wurden 70 Bergleute verschüttet. Man befürchtet, daß alle tot sind.

**Moskauer Freie.** Die Hungersnot in Moskau hat in den letzten Wochen die Breite wieder gewaltig anziehen lassen. Nach jetzt eingetroffenen Nachrichten kostet in Moskau zurzeit ein Pfund Schwarzbrot 2800 Rubel, ein kleiner Apfel 500 Rubel, ein faul großer Apfel 2000 Rubel. Ein kleines Weißbrötchen, das früher mit 8 Kopfen verkauft wurde, 8500 Rubel, 10 Zigaretten der billigsten Sorte 1250 Rubel, eine Schachtel Streichhölzer 1000 Rubel. Ein Einschreibebrief ins Ausland kostet 1250 Rubel, ein Brief innerhalb der Sowjetrepublik 250 Rubel. Eine Fahrt mit der elektrischen Straßenbahn 2000 Rubel.

**Eine schwere Bombenkatastrophe.** Auf dem Militärflugplatz in Kronstadt ereignete sich eine Katastrophe. Fünf Flugzeuge sollten, mit Bomben versehen, zu einem Probeflug aufsteigen. Bei dem Aufstieg des ersten Flugzeuges riß die daran hängende Bombe ab und brachte auch die übrigen zur Explosion. Viele Opfer an Toten und Verwundeten sind zu beklagen. Unter den Toten befindet sich ein Oberleutnant, der Pilot und neun Mannschaften.

**Arbeitslosen-Krawalle in Newyork.** Hier kam es zwischen Polizei und 5000 Arbeitslosen zu einem heftigen Zusammenstoß. Zwei Arbeitslose wurden getötet und mehrere verwundet.

## Geschäftliches.

**Schwartau.** Das Palast-Theater öffnet am 28. d. Mrs. seine Tore. Als besondere Zugkraft wird im Programm „Der Stier von Olivera“ dargeboten. Das Unternehmen ist von den einschlägigen Künstlern von Bad Schwartau auf das modernste eingerichtet.



## Lübecker Opferwoche.

Ausstellung von Handarbeiten vom 1. bis 10. Oktober 1921. — Annahme von Ausstellungsgegenständen morgen Freitag von 3 bis 5 Uhr, Königstraße 19. Die Handarbeiten sind versichert gegen Einbruch, Diebstahl, Feuer und Aufruhr. (6774)

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur 11. Hochzeit danken herzl. (6767) Joh. Wilms u. Frau.

**Nachruf.**  
Nach schwerer Krankheit entschlief am Montag, dem 19. ds. Mts., unsere Kollegin **Frieda Kühl**  
Wir wollen ihr ein ehrendes Andenken bewahren. (6773) Das Personal des Allg. Krankenhauses.

**Marzischer Buchhalter**  
übern. sämtl. einschl. Arbeiten sundenm. bill. Gefl. Ang. u. B. L. a. d. Exp. (6780)

Große Bestatt. z. m. gefl. Ang. u. G. B. a. d. Exp. d. W. (6761)

Ein B. Dom-Halbkuhe, neu, Gr. 39 billig zu verk. (6784) Lüneburgerstr. 12 pt.

**Gardinen**  
6740 An der Meuer 84.

Kinderwagen g. erh., z. verk. (6760) Gr. Gröpelstraße 57.

1 P. i. n. D. St. Gr. 37 b. z. verk. Engelstr. 21/4 (6764)

2 Gäß Ferkel u. Ziegen und morgen von 1-3 Uhr zu verkaufen. (6769) **Restaurant Hartmann.**

Ja. Kanarienvogel guter Sänger. Kranzstr. 11 pt. (6741)

3. kl. gel. Gewindefuppe von 1/16 Zoll aufwärts. (6728) Angeb. u. B. A. a. d. Exp.

**Achtung!**  
Die Sammelkisten 97 und 113 des V. D. G. B. sind verloren und werden hiermit für ungültig erklärt. (6752)

**Wagg. Kerpel**  
Unterstraße Drehbrücke verkaufe billig (6733) Freitag norm. 9 Uhr.

Neu erschienen!  
**Vorwärts-Kalender 1922**  
in Tiefdruck, reich illustriert, zum Preise von Mk. 4.—  
**Lübecker Volksbote**  
Johannisstr. 45.

**Private Buchhaltungskurse.**  
Der Unterricht beginnt am 11. Oktober, der Oberkursus am 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. (6765) **Karl Hinzpeter,** Meißnerstraße 5.

**Die neuen Postgebühren**  
— 50 Pf. —  
**Friedr. Meyer & Co.**

**Zur Mühle,**  
Beckergrube 61.  
Feinstes Weizenmehl 3.50  
Pa. Roggenfeinmehl 3.00  
Säferlocken, neue Ernte 3.60  
Maissternpuder 3.75  
Sago 4.— u. 4.50  
Weizenmehl 2.80  
Gurfschende grüne u. gelbe Erbsen 3.50

Freitag u. Sonnabend  
**jung. fett. Rostfleisch und Wurst.**  
**Fr. Kollmann,**  
Reiferstraße 8. (6770)

**Achtung, Arbeiter!**  
Arbeitshosen, Kagen, Hemden, Herren- u. Jünglings-Anzüge  
kauft Ihr am besten bei  
**Oskar Peter**  
Glockengießerstr. 61. (6742)

**la. Palmkernmelasse**  
frisch eingetroffen.  
**Th. Häcker,**  
Beim Ketteis 5/11.

**Dick. keratell. Ochsenfleisch**  
Pla. 8.— (6771)  
Bratenstücke Pfd. 9.—  
sowie sämtliche **Wurst- und Fleischwaren** zu den billigsten Tagespreisen.  
**Hans Schmalfeldt,**  
Reiferstr. 26. Fernr. 2152.

**Die neuen Postgebühren**  
— 50 Pf. —  
**Friedr. Meyer & Co.**

**Der Pupp doktor**  
heilt jede kranke Puppe.  
6734 E. Hertel, Rixstr. 74

**Möbel**  
Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küche.  
**Boldts Möbellager**  
Fischergrube 25/27.

Empfehle mein **Fuhrwerk**  
zum Kartoffelnfahren, sowie für Transporte aller Art (6781) zu jeder Tageszeit und bei williger Berechnung.  
**F. W. Nietz**  
Belzerstr. 24. Fernr. 943.

**la. Speisezwiebeln**  
für den Winter 10 Pfd. 9.50  
Sowaten . . . . . 2.25  
Lafelbirnen . . . . . 1.20  
Margarine . . . . . 12.00  
Bladertwig . . . . . 10.20  
Rahm in Dosen billigst. (6763)  
Reiner Kalao . . . . . Pfd. 15.00  
Gefüllte . . . . . 3.80  
Sago . . . . . 4.00  
Reis . . . . . Pfd. 2.90 u. 3.40  
**Friedrich Trosiener**  
Mühlentstr. 87. Tel. 215.

**Möbel**  
Polsterwaren, Spiegel  
Herren-Anzüge auf  
**Teilzahlung!**  
Anzugstoffe  
m. Futter v. 250 M. an.  
**Kesten,**  
Holstenstr. 17, L.

**Pa. Pusamer Ochsenfleisch**  
beste fetter Ware,  
sowie sämtliche (6745)  
**Wurst- und Fleischwaren**  
in nur Pa. Qualität.  
Schlachterei u. Wurstfabrik  
**Otto Reining,**  
Lübeck-Stadtdorff.  
Telephon 1521.

**Gummi-**  
Absätze (a6749)  
**billig**  
50  
**Huxstraße**  
50

**Privatdruckachen**  
gewinnen in der heutigen Zeit immer mehr an Bedeutung.

**Glückwunschkarten**  
**Hochzeits- einladungen**  
**Verlobungsanzeigen**  
**Danklagungen**  
**Visites**

fertigen wir in kürzester Zeit geschmackvoll zu angemessenen Preisen an

**Lübecker Volksbote**  
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.  
Geschäftszeit von 8-6 Uhr.

**Rechnungs-Formulare**  
fertigt prompt an  
**Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

**Gewäfts-Gröfzung**  
Einem geehrten Publikum von **Rensfeld, Schwartau u. Umgeg.** zur ach. Kenntnisnahme, daß ich am Freitag, den 28. 9. 21 eine

**Schlachterei und Wurstmacherei**  
eröffne.  
Indem ich versichere, reelle und billige Ware zu liefern, bitte ich, mein junges Unternehmen tätigt unterstützen zu wollen.  
**Ernst Giese,**  
6750) Schlachter,  
**Rensfeld,**  
Partner Straße 20.

**Preiswerte Möbel!**  
ab Lager, kein Laden.  
Erlauf, reizd. Modelle 2100.—, 4200.—, Eichen furn. 4200.—, 9000.—  
Neue Auswahl in Küchen, 625.—, 1975.—, einzelne Betten mit Matratzen, Kleiderschränke, Vertikale, Spiegel, Stühle, Chaiselong., Sofas in reicher Auswahl, Fed. Bett., Bettfed., nur in la. Qualitäten. Abwaschen, Ausrichtliche Schlafzimmer, Küfett billig. Komplette, hochmod. Schlafzimmer, sehr preisw.  
**Möbel- und Bettenhaus Heine,**  
6738) Deponau 8.

**Alle Arbeiter**  
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (6783)  
**Otto Albers**  
Markt 4 Kohl. 10  
Mgl. d. R.-Sparr. Enteca